

DIE ORDNUNG

GRUNDSATZPROGRAMM DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Beschluss des CSU-Parteitags
am 5.11.2016 in München

INHALTSVERZEICHNIS

I. KLARER AUFTRAG WER WIR SIND	1
1. Da sein für die Menschen: Die CSU ist die moderne Volkspartei	1
2. Erfolgreich sein für Bayern: Die CSU ist die bayerische Partei	2
3. Bereit sein für Neues: Die CSU ist die konservative Zukunftspartei.....	3
II. FESTE WERTE WOFÜR WIR STEHEN	4
1. Das C: Vom christlichen Menschenbild zum Leben in Würde, Freiheit und Verantwortung...4	
2. Das S: Der Mensch als soziales Wesen in Gemeinschaft	5
3. Das U: Der Gedanke der Union als Einheit in Vielfalt	7
III. NEUE ORDNUNG WAS WIR GESTALTEN	8
1. Gesellschafts- und Kulturordnung: freiheitlich und gemeinsam!	8
Freiheitliches Miteinander Was unser Leitbild ist	9
Neuer Zusammenhalt Worauf es in Zukunft ankommt	10
• Zusammenhalt durch Ehe und Familie	10
• Zusammenhalt durch Bildung	11
• Zusammenhalt durch Leitkultur	13
• Zusammenhalt durch Integration	14
• Zusammenhalt durch Identität	15
2. Wirtschafts- und Sozialordnung: fortschrittlich und fair!	17
Soziale Marktwirtschaft Was unser Leitbild ist.....	18
Neue Fairness Worauf es in Zukunft ankommt.....	20
• Fairness durch Fortschritt	20
• Fairness durch Befähigung	21
• Fairness durch Arbeit	22
• Fairness durch Regeln	24
• Fairness durch Nachhaltigkeit	25
3. Staats- und Rechtsordnung: stark und verlässlich!	27
Starker Staat Was unser Leitbild ist	28
Neues Vertrauen Worauf es in Zukunft ankommt	29
• Vertrauen durch Schutz	29
• Vertrauen durch Ordnung	30
• Vertrauen durch Souveränität	31
• Vertrauen durch Beteiligung	32
• Vertrauen durch Öffentlichkeit	33
4. Friedens- und Sicherheitsordnung: stabil und handlungsfähig!	34
Partnerschaftliche Sicherheit Was unser Leitbild ist.....	35
Neue Handlungsfähigkeit Worauf es in Zukunft ankommt	37
• Handlungsfähigkeit durch Bereitschaft	37
• Handlungsfähigkeit durch Gemeinschaft	38
• Handlungsfähigkeit durch Partnerschaften	39
• Handlungsfähigkeit durch Stabilisierung	40
• Handlungsfähigkeit durch Begrenzung	41
5. Gute Ordnung für ein gutes Leben	42

I. KLARER AUFTRAG | WER WIR SIND

Die Christlich-Soziale Union gestaltet seit mehr als sieben Jahrzehnten erfolgreich Politik für die Menschen in Bayern, Deutschland und Europa. Engagierte Frauen und Männer stehen als Mitglieder und Mandatsträger im Dienst der gemeinsamen Sache. Sie streben nach einer politischen Ordnung in Freiheit und Verantwortung auf Grundlage des christlichen Menschenbilds.

Die Christlich-Soziale Union handelt im Wissen um ihre geistigen Wurzeln in der katholischen Soziallehre, der protestantischen Sozialethik, Humanismus und Aufklärung sowie in freiheitlichen und wertkonservativen Überzeugungen. Sie hat nach den Schrecken der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft den politischen Neuanfang in Bayern und Deutschland maßgeblich mitgestaltet: im Bewusstsein der Geschichte, überkonfessionell, im Geiste der Bayerischen Verfassung und auf dem Boden des Grundgesetzes. Diese Gründungsidee ist fortwährender Auftrag.

Die Christlich-Soziale Union ist die politische Kraft für das moderne Bayern in Deutschland, Europa und der Welt. Wir sehen uns in dreifacher Verpflichtung: Wir haben die Menschen im Fokus, Bayern im Herzen und die Zukunft im Blick. Wir sind die moderne Volkspartei. Wir sind die bayerische Partei. Wir sind die konservative Zukunftspartei.

1. Da sein für die Menschen: Die CSU ist die moderne Volkspartei

Unsere erste politische Bestimmung ist, für die Menschen da zu sein. Als Volkspartei tragen wir Verantwortung für alle Menschen. Wir nehmen sie mit ihren Anliegen ernst und geben ihnen politische Heimat. Das christliche Menschenbild leitet uns, das Gemeinwohl verpflichtet uns.

Wir sind die Partei mit klarem Kompass. Die christliche Werteorientierung ist unveränderliche Grundlage unserer Politik. Als wertorientierte Volkspartei sind wir überzeugungsstark in den Grundsätzen und pragmatisch im Handeln. Wir handeln nicht geleitet von Stimmungen, sondern von Werten. Wir stehen für eine klare politische Haltung, ohne den alleinigen Anspruch auf Wahrheit zu erheben. Das unterscheidet uns von politischen Ideologien und Utopien.

Wir machen Politik für alle Menschen. Als Volkspartei beteiligen wir alle Altersgruppen, Geschlechter und Schichten unserer Gesellschaft, unabhängig von Einkommen oder Herkunft. Wir wägen Interessen ab und treffen Entscheidungen, die sich am Gemeinwohl orientieren. Das unterscheidet uns von jenen, die nur Einzelinteressen verfolgen.

Wir sind nah bei den Menschen. Als Mitmachpartei stehen wir mit der Bevölkerung und unseren Mitgliedern im engen Dialog. Wir hören auf die Menschen, ohne ihnen nach dem Mund zu reden. Wir denken von den Menschen her, aber bevormunden sie nicht. Wir entscheiden mit den Menschen und nicht über ihre Köpfe hinweg. Das macht den Unterschied zu einer abgehobenen Politik nach dem Prinzip „die da oben, wir hier unten“ aus.

Wir bieten politische Heimat für bürgerliche Überzeugungen. Als einzige Volkspartei in Bayern vereinen wir soziale, liberale und konservative Grundüberzeugungen. Wir sind christlich-sozial: Uns leiten Grundwerte von Menschlichkeit und Miteinander in der Gemeinschaft, nicht Marktradikalität. Wir sind liberal: Eigenverantwortung und Freiheit in Vielfalt sind unser Leitbild, nicht sozialistische Gleichmacherei. Wir sind konservativ: Auf Basis fester Werte treten wir für eine Ordnung ein, mit der wir Zukunft gestalten. Wir sind die Partei der bürgerlichen Mitte. Unser Anspruch, wie ihn Franz

Josef Strauß in dauerhafter Gültigkeit formuliert hat, ist: Rechts von der Union kann kein Platz für eine demokratisch legitimierte Partei sein.

Wir sind eigenständig. Die Eigenständigkeit der CSU ist geschichtlich gewachsen und hat sich bewährt. Auf Grundlage gemeinsamer Werte gestalten wir mit anderen christlich-konservativen Parteien in Deutschland und Europa gemeinsam Politik.

2. Erfolgreich sein für Bayern: Die CSU ist die bayerische Partei

Aus der tiefen Verwurzelung in der bayerischen Bevölkerung, der Liebe zur Heimat und dem Stolz auf die mehr als tausendjährige Staatlichkeit Bayerns schöpfen wir unsere Kraft für Bayern. Seit unserer Gründung verbinden wir das mit bundespolitischem Anspruch und europäischer Verantwortung.

Wir sind die Partei für Bayern. Der Anspruch als bayerische Mehrheitspartei ist uns Auftrag: Wir wollen das Beste für das Land und seine Menschen. Gemeinsam bringen wir Bayern voran. Wir haben Bayern erfolgreich vom Agrarstaat ins High-Tech-Zeitalter geführt. Wir arbeiten täglich an der Zukunft: für eine lebens- und liebenswerte Heimat, für Sicherheit und für Wohlstand. Die Erfolgsgeschichte Bayerns ist und bleibt untrennbar mit der CSU verbunden. Wir denken zuerst an Bayern. Unsere Eigenständigkeit macht uns zur kraftvollen Stimme Bayerns in Deutschland und Europa. Das unterscheidet uns von allen anderen Parteien.

Wir sind in Bayerns Vielfalt verwurzelt. Die gemeinsame Identität und gelebte Regionalität sind Bayerns Stärke. Zu Bayern gehören seine vier Stämme: die Altbayern, die Schwaben, die Franken und die Sudetendeutschen mit allen Heimatvertriebenen. Zu Bayern gehört die jüdische Gemeinschaft, der wir uns besonders verpflichtet wissen. Zu Bayern gehören auch die Bürger, die hier neue Heimat gefunden haben. Wir sind allen gleichermaßen verbunden. Keine andere Partei ist vor Ort so tief verwurzelt wie die CSU. Unsere Mitglieder in allen Teilen des Landes, unsere Mandatsträger in den Parlamenten, unsere Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Bezirksräte, unsere Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte: Sie wissen, was die Menschen bewegt.

Wir sichern Bayerns Eigenständigkeit. Bayern ist mehr als eine Region. Für uns bedeutet Freistaat: die freiheitliche Gesellschaft, das freistaatliche Selbstbewusstsein und der politische Anspruch der Eigenständigkeit. Wir verstehen uns als Bewahrer des kulturellen Erbes Bayerns. Wir kämpfen beständig für Bayerns Eigenstaatlichkeit und leisten Widerstand gegen jegliche Zentralisierungsbestrebungen. Wir positionieren Bayern als eigenständige Zukunftsregion in Europa und der Welt.

Wir tragen Verantwortung für Deutschland und in Europa. Die CSU hat von der ersten Stunde an zum Gelingen der Bundesrepublik beigetragen. Wir haben die föderale Ordnung des Grundgesetzes geprägt. Wir haben uns in den Dienst unseres Landes gestellt: beim Durchsetzen der Sozialen Marktwirtschaft ebenso wie bei der Bindung an die westlichen Demokratien und an Frieden und Freiheit. Wir haben unbeirrt für ein geeintes Europa und die Wiedervereinigung Deutschlands gekämpft. Auch heute machen wir unseren bundes- und europapolitischen Einfluss geltend: zum Wohle der Nation und der europäischen Idee. Wir wissen um unsere deutsche, europäische und internationale Verantwortung. Das unterscheidet uns von Regionalparteien.

3. Bereit sein für Neues: Die CSU ist die konservative Zukunftspartei

Auf dem Boden unveränderbarer Grundwerte sind wir offen für Neues. Das macht unsere konservative Haltung aus. Wir lehnen Veränderungen nicht ab, sondern gestalten sie. Wir messen den Fortschritt nicht am Machbaren, sondern an unseren Grundsätzen. So gelingt Zukunft und wächst Vertrauen.

Wir sind die Partei von Zukunft und Verantwortung. Unser Handeln ist langfristig orientiert und setzt auf verantwortlichen Fortschritt zum Wohle aller. Wir halten am Bewährten fest und sind gleichzeitig bereit für Neues: in Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. Diese wertkonservative und zukunfts offene Haltung unterscheidet uns von allen strukturkonservativen und reaktionären Kräften von Links und Rechts.

Wir gehen mit der Zeit, aber nicht mit dem Zeitgeist. Die CSU steht in der Gegenwart. Wir nehmen die Lebenswirklichkeit in den Blick. Aber wir wissen auch: Zukunft braucht Herkunft. Deshalb setzen wir auf die Verbindung von Tradition und Moderne. Wir messen das Neue am Alten, bevor wir Altes durch Neues ersetzen. Für uns ist das Neue gut, wenn es besser ist, und nicht, weil es neu ist.

Wir bewahren die Schöpfung für die Zukunft. Umwelt-, Tier-, Arten- und Ressourcenschutz sind globale Aufgaben, die vor der eigenen Haustüre beginnen. Wir schützen die natürlichen Lebensgrundlagen und erhalten sie für die nachfolgenden Generationen. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung.

Wir beantworten Herausforderungen mit Lösungen. Bereit zu sein für Neues heißt, Herausforderungen zu meistern. Wir suchen nicht einfache, sondern tragfähige Lösungen. Wir setzen nicht aufs Scheitern, sondern wollen den Erfolg. Wir spielen nicht mit Ängsten, sondern geben politische Antworten. Das alles trennt uns von linken wie rechten Protestbewegungen. Wir arbeiten täglich für eine lebenswerte Zukunft der Menschen und den Erfolg des Landes, weil uns das Gelingen am Herzen liegt.

II. FESTE WERTE | WOFÜR WIR STEHEN

Die Politik der Christlich-Sozialen Union basiert auf festen Werten. Sie geben ethische und politische Orientierung und entsprechen der Prägung unseres Landes. Unsere Grundüberzeugungen sind tief in der Mitte unserer Gesellschaft verankert und werden gemeinsam gelebt. Sie entspringen den christlich-jüdischen Wurzeln, dem Humanismus und der Aufklärung. Diese festen Werte sind uns Leitlinie und Zielvorgabe für unser tägliches Handeln. Wir gestalten Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Entscheidungen stellt.

1. Das C: Vom christlichen Menschenbild zum Leben in Würde, Freiheit und Verantwortung

Das C in unserer Partei steht für die christliche Werteorientierung. Unsere Grundwerte leiten sich aus dem christlichen Menschenbild ab. Auf Basis dieser Werte gestalten wir eine Ordnung, die ein Leben in Würde, Freiheit und Verantwortung ermöglicht. Im Zentrum unseres Denkens steht kein abstrakter Gesellschaftsentwurf. Bei uns ist der Mensch im Mittelpunkt, mit seiner unantastbaren Würde, seiner Freiheit und seiner Verantwortung. Unsere Partei steht allen Menschen offen, die sich zu diesen Grundwerten und unseren Zielen bekennen – unabhängig von ihrem persönlichen Glauben.

Orientierung am christlichen Menschenbild

Der Mensch ist ein Geschöpf Gottes. Er ist einzigartig. Das verleiht ihm Personalität. Er ist frei geboren, mit Vernunft ausgestattet und befähigt, seine Eigenverantwortung wahrzunehmen und sich vor Gott für sein Tun zu verantworten. Wir bekennen uns zu diesem christlichen Menschenbild in seiner abendländisch-aufgeklärten Prägung. Dies ist der Ausgangspunkt unserer Politik.

Menschenwürde, Menschenrechte und Gleichberechtigung

Die Würde des Menschen ist oberster Grundwert und unmittelbarer Ausfluss des christlichen Menschenbildes. Aus ihr leiten sich alle Grundrechte ab. Sie verleiht dem Menschen Wert und Anspruch auf Achtung allein aufgrund seines Menschseins. Menschen werden frei und gleich geboren. Die Menschenwürde ist unabhängig von persönlichen Eigenschaften, Fähigkeiten, Leistungen und Erfolgen. Sie ist unveräußerlich und gilt für alle Menschen gleichermaßen. Der Schutz der Menschenwürde und die Gewährleistung der Menschenrechte sind uns erster Auftrag. Dazu gehört die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Das christliche Menschenbild verpflichtet zum Schutz des menschlichen Lebens. Das umfasst auch das ungeborene Leben. Jeder Mensch hat ein Recht auf Leben und ein Recht auf Sterben in Würde. Wir schützen das menschliche Leben von seinem Anfang bis zum Ende.

Werteorientierte Politik stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Politik und die politische Ordnung müssen den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Neue wissenschaftliche, wirtschaftliche oder technische Möglichkeiten haben den Menschen zum Maß und nicht die Machbarkeit.

Freiheit

Der Mensch ist seinem Wesen nach zur Freiheit und Selbstbestimmung berufen. Jeder ist frei und selbst dafür verantwortlich, wie er sein Leben gestaltet. Damit der Mensch sich in Freiheit entfalten kann, müssen Sicherheit und die Befähigung zur Freiheit gewährleistet sein. Freiheit braucht eine politische Ordnung, die ihr dient. Diese politische Ordnung muss in der Verfassung verankerte Grundfreiheiten garantieren und gegeneinander abwägen.

Die Freiheit als Entfaltungsrecht jedes Individuums ist nicht grenzenlos. Freiheit findet dort ihre Grenzen, wo Toleranz im Sinne von „Leben und leben lassen“ nicht mehr ausreicht, um zwischen der eigenen Freiheit und der Freiheit anderer zu vermitteln. Der Freiheitsbegriff ist nichts Abgeschlossenes. Unser Freiheitsbegriff ist zukunfts offen. Freiheit muss immer wieder neu gedacht werden: als Freiheit von neu entstehenden Abhängigkeiten ebenso wie als Freiheit zu neuen Möglichkeiten.

Verantwortung

Es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung. Der Mensch ist für sein Tun rechenschaftspflichtig: vor Gott, vor seinen Mitmenschen und vor sich selbst. Deshalb geht Freiheit für uns zwingend mit Verantwortung einher: für sich selbst, für andere, für die Bewahrung der Schöpfung und für kommende Generationen. Gelebte Verantwortung und ein respektvoller Umgang der Menschen untereinander sind Ausdruck der gegenseitigen Achtung von Menschenwürde und Freiheit. Menschenrechte finden damit ihre notwendige Ergänzung in Menschenpflichten. Wir treten für eine Gesellschaft ein, die nicht allein auf Rechten gegenüber anderen, sondern auch auf Pflichten gegenüber anderen gegründet ist.

Verantwortung ist uns politischer Auftrag. Aus der Verantwortung des Einzelnen leitet sich politische Verantwortung für die Gemeinschaft ab. Wir stehen für eine wertgebundene Verantwortungspolitik.

2. Das S: Der Mensch als soziales Wesen in Gemeinschaft

Das S in unserer Partei steht für den sozialen Zusammenhalt und für soziale Gerechtigkeit. Der Mensch ist als Individuum geboren und mit individuellen Rechten und Pflichten ausgestattet. Er braucht aber auch Gemeinschaft. Wir bekennen uns zu einer Ordnung, die dem Einzelnen ermöglicht, sich in Gemeinschaft zu entfalten. Unsere gesellschaftliche Werteordnung basiert auf den Leitwerten von Menschenwürde, Freiheit und Verantwortung. Aus ihnen erwachsen Subsidiarität und Solidarität, Recht und Gerechtigkeit sowie Verantwortung in der Einen Welt.

Subsidiarität als Eigenverantwortung

Jeder trägt für sich und die Seinen Verantwortung. Unser Maßstab ist der eigenverantwortliche Mensch. Mit Hilfe seiner Vernunft verwirklicht er sich selbstbestimmt und entfaltet seine Fähigkeiten. Umgekehrt lehnen wir Fremdbestimmtheit oder gar Entmündigung ab. Eigenverantwortung ist für uns zentrales Ordnungsprinzip einer Gesellschaft, die sich von unten aufbaut: Wir bekennen uns zur Subsidiarität. Das heißt: Vorrang von Eigenverantwortung vor Gemeinschaftsaufgabe und Vorrang der kleineren Einheit vor der größeren.

Solidarität als soziale Sicherheit

Solidarität ist die zwingende Ergänzung von Eigenverantwortung. Aus der Eigenverantwortung erwächst die Leistungskraft des Menschen. Sie ist Grundlage zur Unterstützung der Schwachen in unserer Gesellschaft. Auch derjenige, der trotz allem Bemühen nicht für sich sorgen kann, hat das Recht auf soziale Sicherheit und ein selbstbestimmtes Leben in Würde. Soziale Sicherheit ist eine solidarische Gemeinschaftsaufgabe von Bürgern und Staat. In der gelebten Solidarität in Familie, Nachbarschaft und Gesellschaft zeigt sich die Humanität einer Gesellschaft. Das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement hat einen unschätzbaren Wert, den es immer zu würdigen gilt.

Gerechtigkeit als fairer Wohlstand

Gerechtigkeit liegt in der Befähigung zu Wohlstand. Das Ermöglichen von Chancen und das Streben nach Wohlstand sind nicht Selbstzweck, sondern tragen zu einem Leben in Würde, Freiheit und Verantwortung bei. Der richtige Weg zu Wohlstand und Gerechtigkeit ist nicht staatliche Planung, sondern wirtschaftliche Freiheit und Verantwortung aller. Wir bekennen uns zur Sozialen Marktwirtschaft als einzig zukunftsfähiger Wirtschafts- und Sozialordnung.

Gerecht ist, wenn die Bedingungen für das Erreichen von Wohlstand fair sind. Unsere Kriterien für fairen Wohlstand sind: Die Teilhabe an Wohlstand muss verwirklicht werden können. Das mindeste Wohlstandsniveau muss noch auskömmlich sein. Die Erwirtschaftung des Wohlstands muss zu ethisch vertretbaren Bedingungen erfolgen. Wir treten für eine Gesellschaftsordnung der fairen Chancen ein. Sie muss Chancengerechtigkeit gewährleisten und allen Menschen unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit Teilhabe ermöglichen. Jeder Mensch soll an den Möglichkeiten unserer Zeit teilhaben können – unabhängig von seiner sozialen oder kulturellen Herkunft, unabhängig von Einkommen, Alter oder Geschlecht, unabhängig von körperlicher, geistiger oder psychischer Einschränkung. Jeder soll aus seinen Fähigkeiten das Beste machen können. Zugang zu Bildung, Schutz vor Diskriminierung und Wertschätzung von Leistung bilden den Schlüssel zu Teilhabe.

Rechtsstaatlichkeit als demokratische Herrschaft des Rechts

Der Staat ist für die Bürger da. Er zieht seine Legitimation aus dem demokratischen Auftrag seiner Bürger. Und er gewinnt Akzeptanz durch das, was er für seine Bürger tut. Alle Menschen in unserem Land haben Anspruch auf die gleichen Rechte und auf Gleichheit vor dem Gesetz. Damit eine Werte- und Gesellschaftsordnung Bestand haben kann, muss der Staat ein allgemein verbindliches Rechtssystem vorgeben und durchsetzen. Der Staat muss die Freiheit des Einzelnen sichern. Er muss den demokratischen Mehrheitswillen zur Geltung bringen. Er hat die Rechte von Minderheiten zu schützen. Dafür braucht es einen verbindlichen Ordnungsrahmen, der auf unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Gewaltenteilung beruht. Wir bekennen uns zu einem starken Rechtsstaat. Mit seinem Gewaltmonopol garantiert er die verfassungsmäßige Ordnung und schafft Recht und Gerechtigkeit. Nur ein handlungsfähiger und starker Staat kann für Freiheit und Sicherheit sorgen. Nur eine wertbestimmte und wehrhafte Demokratie wird nicht zum Opfer ihrer eigenen Freiheit. Wir verstehen den Staat als gemeinsame Aufgabe, von den Bürgern als Souverän gestaltet. Die Bürgergemeinschaft eines Staates ist eine Verantwortungsgemeinschaft – mit Bürgerrechten und Bürgerpflichten.

Frieden und Eine Welt als globale Verantwortung

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg und Gewalt. Frieden ist auch die Fähigkeit zum Dialog und Miteinander der Nationen, Kulturen und Religionen. Auf Frieden hinzuwirken, ist Auftrag und Verpflichtung aller Völker. Es ist Voraussetzung für ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Deshalb bekennen wir uns zur internationalen Verantwortung Deutschlands: als treibende Kraft in einem starken Europa, als verlässlicher Verbündeter in der transatlantischen Wertegemeinschaft und als verantwortungsvoller Partner in den Vereinten Nationen. Unsere Verantwortung muss sich auch auf die Bedürfnisse der Einen Welt richten. Wir stehen zur Leitidee einer global-nachhaltigen Entwicklung. Im Interesse aller Völker denken und arbeiten wir an global tragfähigen Lösungen mit: für eine ökologisch, ökonomisch und sozial ausgewogene Welt.

3. Das U: Der Gedanke der Union als Einheit in Vielfalt

Das U steht für die Union im Sinne eines verbindenden Miteinanders. Seit ihrer Gründung ist die CSU eine überkonfessionelle Partei. Heute sehen wir den Begriff der Union noch umfassender. Wir gestalten eine Ordnung, die Gemeinsinn fördert, ohne die Vielfalt zu beschneiden. Wir führen Menschen, Positionen und Ziele zusammen, aber nivellieren keine Unterschiede. Wir geben Antworten, die die Lösung nicht in der Vergangenheit suchen, sondern Zukunft gestalten.

Die Stärke einer Gemeinschaft liegt in Zusammenhalt und Vielfalt gleichermaßen. Wir treten für ein Gesellschaftsmodell ein, das von freiheitlichem Miteinander und pluraler Offenheit getragen ist. Eine solche Gesellschaft spielt einzelne Gruppen nicht gegeneinander aus, sondern lässt alle gleichermaßen mit Rechten und Pflichten teilhaben.

Die Stärke unserer Politik liegt im Zusammenführen von vermeintlichen Gegensätzen. Bürgerwille und Gemeinwohl, Heimat und Weltoffenheit, Tradition und Moderne, Fortschritt und Nachhaltigkeit – dort, wo andere unversöhnliche Gegensätze konstruieren, praktizieren wir die Symbiose. Wir führen zusammen, anstatt zu spalten. Einheit in Vielfalt: Das ist unser Verständnis von Union als Sammlungsbewegung und Wertegemeinschaft.

III. NEUE ORDNUNG | WAS WIR GESTALTEN

Die Christlich-Soziale Union gestaltet seit Jahrzehnten erfolgreich die politische Architektur des Landes mit. Wir treten für eine Ordnung ein, die auf festen Werten fußt und den Menschen dient. Die Ordnung muss den Menschen Orientierung geben, Sicherheit gewähren und Entfaltung ermöglichen. Wir wollen, dass sich die Menschen auch in Zukunft auf eine gute Ordnung verlassen können: auf das freiheitliche Miteinander, die Soziale Marktwirtschaft, den starken Staat und partnerschaftliche Sicherheit. Wir sorgen für neue Ordnung.

1. Gesellschafts- und Kulturordnung: freiheitlich und gemeinsam!

Unsere Gesellschaft war nie offener und vielfältiger als heute. Sie bietet den Menschen mehr Chancen als jemals zuvor, sich individuell zu entfalten. Bayern und Deutschland sind zum Sehnsuchtsort vieler Menschen geworden. Nun fordern Migration und gesellschaftlicher Wandel unsere Gesellschafts- und Kulturordnung heraus.

Der demografische Wandel verändert unser Zusammenleben. Es gibt immer weniger junge Menschen und immer mehr ältere Menschen. Das setzt den Generationenvertrag unter Druck. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die junge Generation bei Bildung, Ausbildung, Beruf und Familie. Bildungsgerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Familienförderung und Teilhabe für Jung und Alt sind zentrale Aufgaben.

Traditionelle Bindekräfte verlieren an Bedeutung, neue kommen hinzu. Was früher selbstverständlich war, wird heute hinterfragt. Von der Berufswahl über den Wohnort bis zur Mitgliedschaft in einem Verein: Das alles hat nicht mehr über Jahrzehnte Bestand. Die Menschen werden mobiler, die sozialen Bindungen veränderlicher. Immer mehr findet auch im Digitalen statt. Die Verbundenheit zur Heimat, unser Gemeinschaftsgefühl und unsere Werte werden dadurch noch bedeutsamer.

Der digitale Wandel führt zu neuen Herausforderungen und Chancen. Die digitale Revolution betrifft alle Bereiche des Lebens. Sie stellt neue Anforderungen und eröffnet völlig neue Möglichkeiten. Ziel muss sein, dass von diesen Chancen alle profitieren können. Unser Bildungssystem hat den Umgang mit neuen Instrumentarien zu üben und neue Fähigkeiten zu schulen. Teilhabe durch Bildung wird zum wichtigsten Schlüssel für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Migration erfordert bewusste Arbeit für den Zusammenhalt. Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund leben bei uns. Sie haben unterschiedliche Vorstellungen von Werten und Religion, von Traditionen und Lebensweisen. Das bringt zusätzliche Fliehkräfte in die Gesellschaft. Umso wichtiger ist neuer Zusammenhalt, um die gesamte Gesellschaft zu stärken. Leitkultur gibt Integration eine Grundlage, Heimat stiftet Identität.

Es gibt wachsende Sorge um die Identität des Landes. Kulturelle Verlustängste machen sich breit. Immer mehr Menschen befürchten, dass sich unsere Gesellschaft nachteilig verändert. Sie haben Sorge, dass gesellschaftliche Errungenschaften, Werte und Spielregeln zurückgedrängt werden. Wir müssen der Selbstrelativierung unserer Kultur, Tradition und christlichen Prägung entgegenreten. Unser Weg heißt: mehr gemeinsames Bewusstsein für die eigenen Werte und Standpunkte!

Freiheitliches Miteinander | Was unser Leitbild ist

Wir stehen für eine Ordnung der Freiheit, der Chancen und des Miteinanders. Im freiheitlichen Miteinander kommen unsere Werte und Grundüberzeugungen zum Ausdruck. Das ist Wesenskern unserer offenen und vielfältigen Gesellschafts- und Kulturordnung. Gesellschaft und Kultur können sich verändern, nicht aber ihre zugrundeliegende Ordnung. Deutschland muss Deutschland bleiben. Bayern muss Bayern bleiben. Freiheitlich und miteinander: Das leitet uns auch weiterhin.

Wir gehen aus vom selbstbestimmten Menschen, der auf Gemeinschaft angelegt ist. Im Mittelpunkt stehen der Mensch und seine freie Entfaltung. Politik und Staat haben keine Lebensentwürfe zu verordnen, sondern Freiheit zu ermöglichen. Bevormundung der Menschen nach Art sozialistischer Ideologien lehnen wir ab. Wir setzen auf die Freiheit der Menschen in einer lebendigen und aktiven Bürgergesellschaft.

Wir schützen und fördern Ehe und Familie. Ursprung jeder Gemeinschaft ist die Familie. Sie ist das stärkste soziale Netz und erster Ausdruck von Solidarität. Wir stehen zum Leitbild von Ehe und Familie, ohne die Vielfalt der Lebenswirklichkeit auszugrenzen. Das von der Mehrzahl der Menschen gelebte Modell der klassischen Familie mit Mutter, Vater und Kindern muss auch in Zukunft als solches vermittelt werden, ohne andere Formen der Familie zurückzusetzen. Der Staat kann familiäre Bindungen und menschliche Fürsorge weder ersetzen noch schaffen. Er muss allen familiären Situationen gerecht werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist zu fördern.

Wir schützen die unantastbare Würde des Menschen bis zuletzt. Das Sterben muss als untrennbarer Bestandteil des Lebens wieder ins Bewusstsein rücken. Wir dürfen Menschen an ihrem Lebensende nicht allein lassen. Nicht durch die Hand eines anderen soll man sterben, sondern an der Hand eines anderen. Wir wollen jede Form der organisierten und geschäftsmäßigen Sterbehilfe unterbinden. Leben und Sterben dürfen nicht kommerzialisiert werden. Gesellschaft und Staat sind in der Pflicht, die Hospiz- und Palliativversorgung auszubauen.

Wir stehen zu unserer christlichen Prägung. Zu unseren christlichen Werten gehören Toleranz und Respekt gegenüber anderen Religionen und Weltanschauungen. Im Gegenzug verlangen wir auch Respekt vor der christlichen Prägung unseres Landes. Falsch verstandene Toleranz, die unsere christlich-jüdisch-abendländisch geprägten Werte relativiert, lehnen wir ab. Christliche Feiertage bestimmen unseren Kalender. Christliche Kirchen prägen unsere Orte. In den christlichen Traditionen wurzelt unser Brauchtum.

Wir stehen für die offene und freiheitliche Gesellschaft. Unsere Gesellschaftsordnung bestimmt die Regeln des Zusammenlebens in unserem Land. Freie Meinungsäußerung, Respekt vor der Lebensleistung anderer, Toleranz gegenüber individuellen Lebensweisen und die Unterscheidung von Religion und Staat sind ihre Eckpfeiler. Nur so kann unsere freiheitliche und offene Gesellschaft auch in Zukunft funktionieren.

Wir stehen für eine inklusive und solidarische Gesellschaft. Starke Schultern sollen auch in Zukunft mehr tragen als schwache. Dies bleibt Kernelement christlich-sozialer Politik. Jeder soll mit seinen individuellen Talenten und Fähigkeiten teilhaben können. Gelingende Teilhabe ist unabhängig von Alter, Herkunft, sozialer Stellung oder persönlichen Einschränkungen. Wir stehen für eine Gemeinschaft, die jeden mitnimmt und keinen zurücklässt. So sichern wir auch künftig Zusammenhalt und Teilhabe aller an den Zukunftschancen.

Wir lieben unsere Heimat. Heimat stiftet Identität und spendet den Menschen Sicherheit. In der Vielfalt der Regionen liegt die Stärke Bayerns. Wir wollen ein lebendiges Miteinander in Städten, Dörfern und Gemeinden. Wir wollen alle Regionen Bayerns

gleichermaßen am guten Weg unseres Landes teilhaben lassen. Dafür fördern und sichern wir gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern. Wir wollen Chancen zu den Menschen bringen, nicht umgekehrt. Traditionen, Brauchtum und die verschiedenen Dialekte in Bayern verdienen besondere Pflege und sind Ausdruck von Heimatverbundenheit.

Neuer Zusammenhalt | Worauf es in Zukunft ankommt

Zusammenhalt hat Bayern stark gemacht. Die Menschen sind mit ihrer Heimat verbunden, der Zusammenhalt im Freistaat ist einzigartig. Familie ist das Fundament gesellschaftlichen Zusammenhalts. Bildung und Teilhabe, gelebte Leitkultur und gelingende Integration schaffen gemeinsame Identität und neuen Zusammenhalt. Wir sind überzeugt: Das wird unsere freiheitliche, offene und vielfältige Gesellschaft in die Zukunft tragen.

- **Zusammenhalt durch Ehe und Familie: Vorfahrt für Kinder!**

Ehe und Familie stehen bei uns im Mittelpunkt. Wer sie fördert, legt die Wurzel für immer neuen Zusammenhalt. Wir wollen eine familienfreundliche Gesellschaft, in der Kinder willkommen sind.

Familien brauchen Freiheit. Moderne Familienpolitik muss allen familiären Situationen gerecht werden – der klassischen Familie mit der Gemeinschaft von Mutter, Vater und Kindern ebenso wie Eineltern- oder Patchwork-Familien. Rechte und Pflichten der Eltern haben Vorrang vor staatlichem Handeln. Wir bevormunden Eltern nicht. Der Staat muss die Erziehungshoheit der Eltern respektieren. Eine Gesellschafts- und Bildungspolitik, die Gender-Ideologie und Frühsexualisierung folgt, lehnen wir ab. Unsere Familienpolitik beginnt mit dem Respekt vor der Wahlfreiheit der Eltern. Wir geben den Familien die Möglichkeit, Erziehung und Betreuung so zu gestalten, wie sie es für richtig halten und es die jeweilige Lebenssituation erfordert. Die Gestaltung des Familienlebens ist Sache der Familien. Die Eltern entscheiden über Kindererziehung, Kinderbetreuung und die Ausgestaltung ihrer Erwerbstätigkeit. Der Staat hat Eltern in ihrer Unersetzlichkeit wertzuschätzen und zu achten.

Familien verdienen Unterstützung. Wir wollen jungen Menschen Mut zur Familiengründung machen. Es braucht Rahmenbedingungen, damit sie ihren Wunsch nach Familie verwirklichen können. Wir wollen gerade auch Schwangere in Konfliktsituationen verstärkt unterstützen, sich für das Kind entscheiden zu können. Der Staat muss sich beständig fragen, ob er Familien ausreichend fördert. Wir wollen eine familienfreundliche Arbeitswelt. Es gilt, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und anderen gesellschaftlichen Tätigkeiten zu erleichtern. Wir sind überzeugt: Arbeit in der Familie ist Arbeit für die Gesellschaft. Die Erziehung von Kindern und die Pflege von Angehörigen verdienen gesellschaftliche Anerkennung. Das muss auch bei der Alterssicherung gewürdigt werden. Wir treten für den Zusammenhalt der Generationen ein und fördern Mehrgenerationenwohnen: Auch Großeltern sind eine feste und wichtige Konstante im Leben der Kinder.

Kinder sind unsere Zukunft. Wer Ja zu Kindern sagt und Verantwortung für Kinder übernimmt, leistet den größten denkbaren Beitrag für die Zukunft unserer Gemeinschaft. Das hat besondere Anerkennung und Unterstützung des Staates verdient. Wir wollen den Kinderbonus bei der Rente. Wer Kinder großgezogen hat, soll einen höheren Zuschlag bei der Rente erhalten. Wir wollen außerdem das Kindersplitting bei der Steuer, zusätzlich zum bestehenden Ehegattensplitting, damit gerade auch Paare mit Kindern und Alleinerziehende profitieren. Kinderrechte gehören in die Verfassung: Der Schutz und die Rechte von Kindern sollen ins Grundgesetz aufgenommen werden.

Heiraten heißt Übernahme von Verantwortung füreinander. Wenn sich zwei Menschen das Versprechen geben, ein Leben lang füreinander einzustehen, ist das für die Gesellschaft wertvoll. Die Ehe von Mann und Frau steht zurecht unter dem besonderen Schutz des Staates. Wir wenden uns gegen jegliche Relativierungsversuche. Das Ehegattensplitting muss uneingeschränkt erhalten bleiben. Wir wollen es ergänzen um ein Kindersplitting. Auch in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften werden Werte gelebt, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind. Das verdient Anerkennung. Es ist richtig, dass der Staat mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft eine eigene Institution dafür vorhält. Jegliche Form von Diskriminierung gegenüber diesen Partnerschaften, auch die personenstandsrechtliche, lehnen wir entschieden ab.

- **Zusammenhalt durch Bildung: Teilhabe für alle!**

Beste Bildung ist der Schlüssel zu den Chancen unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass alle Menschen an den Chancen unseres Gemeinwesens gleichberechtigt teilhaben können. Jeder soll seine Begabungen so frei wie möglich zur Entfaltung bringen können.

Teilhabe geht alle an. Sie eröffnet Chancen, stiftet Identität, sorgt für Zusammenhalt und schützt vor Ausgrenzung und Armut. Gerade für Menschen mit Behinderung ist Teilhabe wichtig. Sie sind eine Bereicherung und gehören in die Mitte der Gesellschaft. Menschen mit Behinderung und gesundheitlichen Beeinträchtigungen sollen ihren Alltag selbstbestimmt gestalten können. Inklusion soll möglichst in allen Lebensbereichen verwirklicht werden. Eine Behinderung darf kein Armutsrisiko für den Betroffenen oder sein Umfeld darstellen. Durch Arbeit zum eigenen Lebensunterhalt beitragen zu können, hat für Menschen mit Behinderung eine besondere Bedeutung. Es braucht mehr Offenheit bei der Einstellung von Mitarbeitern mit Behinderung.

Bildung ist mehr als Wissen. Bildung heißt nicht nur Lernen, sondern vor allem auch Verstehen. Auf Erwerb und Stärkung von Kompetenzen kommt es an: beim Umgang mit Medien, Daten und Algorithmen ebenso wie bei Sozialkompetenz und kulturellem Verständnis. Es geht nicht nur um Wissen und Können, sondern auch um die ganzheitliche Bildung von Herz und Charakter. Zum Bildungs- und Erziehungsauftrag gehört es, die Werte unserer Gesellschaftsordnung zu vermitteln und für Demokratie zu begeistern. Wir wollen jungen Menschen Respekt vor Kultur, Religion und Schöpfung näherbringen. Selbstbestimmung, Verantwortungsbewusstsein und Hilfsbereitschaft gegenüber den Mitmenschen stärken den Zusammenhalt. Kunst, Musik und Sport leisten hierzu wertvolle Beiträge. Schulunterricht soll fördern, aber auch fordern. Leistungsbereitschaft, Eigenleistung und Anstrengung sind Voraussetzungen für Bildungserfolg.

Alle Kinder brauchen gleiche Bildungschancen. Jedes Kind soll seine Begabungen bestmöglich zur Entfaltung bringen können. Individuelle Förderung und flexible Lernzeiten sind bedeutsam und sollen in allen Bildungswegen verwirklicht sein. Sie unterstützen auch die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Ganztagesangebote ergänzen die individuelle Förderung und unterstützen die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbstätigkeit.

Alle Bildungswege führen zum Ziel. Berufliche und akademische Bildung sind für uns gleichermaßen wertvoll. Das differenzierte Schulsystem – mit seinen eigenständigen Schularten Grundschule, Förderschule, Mittelschule, Realschule, Gymnasium und beruflichen Schulen in ihren unterschiedlichen Varianten – und das Prinzip „kein Abschluss ohne Anschluss“ machen unsere Bildungslandschaft vielfältig und durchlässig. Alle Begabungen können optimal gefördert werden. Jeder Weg ermöglicht schulischen Erfolg und einen attraktiven beruflichen Werdegang. Wir werben deshalb für alle Ausbildungszweige und stärken alle Schulformen. Die einseitige Fixierung auf die gymnasiale und akademische Laufbahn lehnen wir ab. Unser duales Ausbildungssystem wird weltweit als Vorbild gesehen. Die duale Ausbildung muss fitmachen für die veränderte

Arbeitswelt. Die Berufsbilder sind schneller als bisher weiterzuentwickeln. Daneben braucht es auch in Zukunft einfachere Berufsbilder, für die eine Einstiegsqualifikation ausreichend ist.

Bildung schafft Zukunft. Schule muss junge Menschen zum selbstständigen Leben befähigen. Das schließt die Persönlichkeitsbildung ebenso wie die Vorbereitung auf die Arbeitswelt ein. Die Sprache der Arbeitswelt ist digital. Entsprechend muss die Schule bei ihrer Ausstattung und der Vermittlung von Kompetenzen der Digitalisierung gerecht werden. Ein verantwortungsvoller und kompetenter Umgang mit Medien sowie digitales Lernen gehören zu einem modernen Schulunterricht. Die Lehreraus- und -fortbildung muss mit der Digitalisierung Schritt halten.

Bildung ist ein lebenslanger Prozess. Sie endet nicht am Schultor. Wir wollen mit der schulischen Bildung das Rüstzeug für lebenslanges Lernen mitgeben. Mehr denn je ist lebenslange Fort- und Weiterbildung gefragt. Das macht das Engagement von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern nötig. Erwachsenenbildung ist Teil des lebenslangen Lernens.

Jugendarbeit ist Bildungsarbeit. Ganzheitliche Angebote der außerschulischen Jugendbildung und die Einrichtungen der Jugendarbeit begleiten junge Menschen beim Aufwachsen. Sie bieten ein geeignetes Umfeld für soziales Lernen und Verantwortungsübernahme. Jugendbildungsmaßnahmen bringen politische, soziale, ökologische, kulturelle, religiöse und sportliche Themen näher. Wir wollen diese außerschulische Bildungsarbeit der Jugendarbeit weiterhin fördern und stärken.

Sport ist Bildung und Integration. Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur Erziehung und zum Zusammenhalt. Er lehrt Mannschaftsgeist, Fairness, Disziplin, Rücksichtnahme und Leistungsbereitschaft. Wir schätzen die einzigartige Vereinskultur, das große Gemeinschaftsgefühl und die Vermittlung von Werten in unseren Sportvereinen. Für Jung und Alt fördert Sport eine gesunde Lebensführung. Wir setzen uns gleichermaßen für ein breites Sportangebot sowie die Förderung des Spitzensports ein.

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Quellen unseres Wohlstandes. Sie sind maßgeblich für den Erfolg im globalen Wettbewerb um Talente und Ideen. Die vielfältige Hochschul- und Forschungslandschaft ist unser großes Pfund. Wir fördern die enge Kooperation mit der Wirtschaft. Technologietransfer sorgt dafür, dass aus neuen Erkenntnissen neue Anwendungen werden. Jeder Innovationsvorsprung sichert unseren Wohlstandsvorsprung.

Wissenschaft und Forschung stehen im Dienst der Gesellschaft. Die Einheit von Forschung und Lehre, der Kern der Humboldtschen Bildungsidee, soll weiterhin die Hochschulen prägen. Die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre ist unverzichtbar. Aus dieser Freiheit erwachsen Erkenntnis und ethische Verantwortung gleichermaßen. Die großen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft wollen wir durch einen institutionalisierten Austausch mit der Wissenschaft lösen. Diesen Dialog mit der Gesellschaft und zwischen den Disziplinen muss die Wissenschaft führen.

Hochschulen sind Zukunft. Sie sind Ort aktuellster Erkenntnis und Keimzelle neuer Ideen. Sie sind Marktplatz des Gedankenaustauschs und Zukunftswerkstatt für Innovationen. Sie sind Treffpunkt von Leistungs- und Ideenträgern aus aller Welt. Unabhängig von Herkunft oder Unterstützung durch das Elternhaus sollen sie allen Qualifizierten offenstehen. Wir treten für diese vielfältige Hochschullandschaft ein und wollen sie weiter stärken: exzellente Universitäten auf weltweitem Spitzenniveau, profilierte Hochschulen für angewandte Wissenschaften und zahlreiche dezentrale Einrichtungen in der Fläche sichern Bayerns Zukunftsfähigkeit in einer globalisierten Welt.

- **Zusammenhalt durch Leitkultur: Gemeinsame Basis für Alltag, Kultur und Religion!**

Gemeinsame Regeln des Zusammenlebens schaffen Identifikation und stiften Zusammenhalt. Wir bekennen uns zur Leitkultur unserer offenen Gesellschaft als Maßstab des gelingenden Zusammenlebens. Leitkultur steht für den gelebten Grundkonsens in unserem Land: die Werteordnung und Prägung des Landes anerkennen; die Religionsfreiheit und ihre Grenzen achten; kulturelle Traditionen respektieren; andere Lebensweisen tolerieren; sich an die Gepflogenheiten des Alltags halten; sich auf Deutsch verständigen. Wer bei uns lebt, muss die Leitkultur unseres Landes respektieren.

Gesellschaftlicher Grundkonsens ist elementar. Eine offene Gesellschaft, die der Freiheit des Einzelnen dient und sich zur Vielfalt bekennt, braucht ein gemeinsames Grundverständnis für das Zusammenleben. Nur wenn in zentralen Fragen Übereinstimmung besteht, kann eine Gemeinschaft funktionieren, ohne sich abzuschotten. An erster Stelle steht die uneingeschränkte Anerkennung unserer Rechtsordnung und unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die Regeln des Zusammenlebens sind aber mehr als die Rechte der Bürger gegenüber dem Staat. Es gibt auch Bürgerpflichten und Regeln des Umgangs untereinander. Gemeinsam bilden sie die kulturelle Grundordnung unseres Landes. Die gelebte Leitkultur in der offenen Gesellschaft umfasst die Grundregeln des Zusammenlebens und macht sie verbindlich. Zu diesem Grundkonsens gehört die klare Absage an Rassismus und Antisemitismus in jeglicher Form. Jeder muss wissen, dass antisemitische oder ausländerfeindliche Hetze nicht geduldet wird.

Werteordnung und Prägung unseres Landes müssen anerkannt werden. Die christlich-jüdisch-abendländischen Werte sind Grundlage unseres Zusammenlebens und haben auch außerhalb des Glaubens Geltung: Die Würde des Menschen, seine Einzigartigkeit, die Selbstbestimmtheit jeder Person und die Gleichberechtigung von Mann und Frau sind die Grundlagen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Alle Menschen in unserem Land haben diese Werte zu kennen und zu achten. Klar ist deshalb auch: Der Politische Islam gehört nicht zu Deutschland. Wer unserer Werte- und Rechtsordnung nicht folgt, wer die christliche Prägung unseres Landes ablehnt, wer die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau nicht akzeptiert und wer unsere offene Gesellschaft umbauen will, der hat bei uns keinen Platz. Der Islam muss sich in unsere Ordnung einfügen. Er kann keine kulturelle Dominanz beanspruchen. Wir begleiten die Entwicklung eines aufgeklärten, europäischen Islam, der sich auf unserer Wertebasis gründet.

Religionsfreiheit und deren Grenzen sind zu achten. Die große Mehrheit der Menschen sucht Sinnstiftung und will Orientierung durch Religion. Der Staat hat die Glaubens- und Religionsfreiheit zu garantieren. Kirchen und anerkannte Religionsgemeinschaften sollen öffentlich wirken können. Umgekehrt erwarten wir aber auch, dass die grundsätzliche Trennung zum Staat beachtet wird. Religiöse Überzeugungen können niemals die Rechtsordnung, das staatliche Gewaltmonopol oder den staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag ersetzen. Religionen sollen in Deutschland partnerschaftlich für die Wahrung unserer Werte und des gesellschaftlichen Zusammenhalts eintreten. Wir wollen dazu einen intensiven, stetigen Dialog zwischen und mit den Religionen.

Kulturelle Traditionen und freiheitliche Lebensweise erfordern Akzeptanz. Unsere gelebten Traditionen bringen Menschen zusammen. Sie sind Ausdruck für das, was uns im öffentlichen Leben wichtig ist. Wir zwingen sie niemandem auf. Klar ist aber auch: Jeder, der bei uns lebt, muss unsere Kultur als Teil des öffentlichen Lebens respektieren. Dazu gehört auch die Toleranz für unsere freiheitliche Lebensweise. Der bayeri-

sche Grundsatz des „Leben und leben lassen“ gilt für alle. Wir lassen uns nicht vorschreiben, dass wir unsere kulturellen Vorstellungen anpassen müssen. Wir haben keine Angst vor Veränderung, aber wir wollen kein anderes Land.

Die Gepflogenheiten des Alltags sind zu beachten. Es gibt über die rechtlichen Regelungen des Zusammenlebens hinaus ungeschriebene Regeln, die sich aus unserer Kultur und Tradition entwickelt haben. Sie sichern ein menschliches Miteinander und garantieren ein friedliches Zusammenleben. Bei uns ist es üblich, dass man andere Menschen mit einem Händedruck begrüßt und mit einem Gruß verabschiedet. Bei uns bietet man schwächeren Menschen Hilfe an. Bei uns versteckt man sein Gesicht nicht hinter einem Schleier. Wer bei uns lebt, muss sich nach unseren Gepflogenheiten richten. Wer Frauen den Respekt verweigert, etwa Lehrerinnen oder Krankenschwestern ablehnt, missachtet unsere Lebensart.

Deutsch ist bei uns die Sprache des öffentlichen Lebens. Damit das Miteinander funktioniert, müssen alle eine gemeinsame Sprache sprechen können. Die gemeinsame Sprache ermöglicht das Verständnis für die Einstellungen und Lebensführung des Gegenübers. Deutsch ist bei uns die verbindliche Sprache im öffentlichen Leben – keine andere.

- **Zusammenhalt durch Integration: Mit Richtung, ohne Überforderung!**

Dauerhaften Zusammenhalt gibt es nur, wenn Integration gelingt. Wir wollen Zuwanderung entsprechend den Interessen und der Aufnahmefähigkeit unseres Landes steuern und begrenzen. Wir geben Integration eine Richtung: Wer bei uns lebt, muss sich in unser gesellschaftliches Miteinander einfügen und an die Regeln des Zusammenlebens halten.

Zuwanderung braucht Grenzen und Regeln. Allein der Staat entscheidet, wer in unser Land einreisen und hier bleiben darf. Die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unseres Volkes hat Grenzen. Es gibt eine Obergrenze für die Aufnahme und Integration. Zuwanderung muss kontrolliert, gesteuert und begrenzt werden. Keine Gemeinschaft kann Menschen anderer kultureller Prägung in beliebiger Zahl integrieren. Wir haben eine doppelte Verantwortung: Gegenüber der heimischen Bevölkerung und jenen, die zu uns kommen. Integration funktioniert nicht in einem Klima der Verteilungskonflikte. Jede Form der Zuwanderung braucht Regeln. Unser Land muss für die Einwanderung qualifizierter und gefragter Fachkräfte zugänglich sein. Neben der beruflichen Qualifikation und dem Bedarf unserer Wirtschaft soll künftig die Nähe des Kulturkreises stärker bei der Auswahl der Einwanderer beachtet werden. Wir wollen keine Einwanderung, die uns überfordert oder unsere Sozialsysteme belastet.

Asyl und Flüchtlingsschutz sind humanitäre Hilfe auf Zeit. Wir stehen für das Asylrecht tatsächlich politisch Verfolgter ein: Wer verfolgt ist, findet bei uns im Rahmen der Vorgaben unseres Grundgesetzes Schutz. Hilfe für Flüchtlinge und Schutzbedürftige kann es im Rahmen von international verabredeten Kontingenten geben. Entscheidungen über Asylanträge müssen in jedem Fall rasch erfolgen. Klar ist: Asyl- und Flüchtlingsschutz ist Schutz auf Zeit. Wenn der Schutzgrund wegfällt oder das Gastrecht missbraucht wird, muss konsequent die Rückkehr in das Herkunftsland erfolgen.

Integration ist zwingend und hat eine Richtung. Wer bei uns bleibt, muss sich integrieren. Es darf keine integrationsfreien Räume geben. Das wäre der Nährboden für Radikalisierung. Integration muss heißen, dass diejenigen, die zu uns kommen, sich anpassen. Integration kann nicht heißen, dass wir uns anpassen. Wir wollen, dass Zuwanderer nach unseren Regeln leben. Integration bedeutet Orientierung an unserer Leitkultur, nicht Multi-Kulti. Wir lehnen Multi-Kulti ab. Ein multikulturelles Neben- und Gegeneinander führt zu Intoleranz, Ghettobildung und Gewalt. Wer bei uns lebt, muss mit uns leben, statt neben oder gar gegen uns. Klar ist: Hier gelten unsere Regeln,

nicht die Regeln des Herkunftslandes. Die Vollverschleierung mit Burka oder Niqab passt nicht in unseren Kulturraum und zu unserem Verständnis von der Rolle der Frau. Wir lehnen die Vollverschleierung im öffentlichen Raum ab.

Integration heißt Fordern und Fördern. Unsere erfolgreiche Integrationspolitik beruht auf dem Grundsatz des Forderns und Förderns. Gesellschaft, Staat und Wirtschaft investieren viel in Angebote zum Spracherwerb, zur Ausbildungsförderung und für den Zugang zu Arbeit. Das kann Integrationsbereitschaft aber nicht ersetzen. Integration ist eine Bringschuld. Wer sich integriert, hat eine bessere Bleibeperspektive. Wir stehen dafür, die Integrationsverpflichtung der Zuwanderer klar auszusprechen und einzufordern. Wer keine Integrationsfortschritte nachweisen kann, muss wieder gehen.

Integration muss Toleranz lehren und Loyalität einfordern. Viele Menschen, die zu uns kommen, stammen aus Kulturkreisen mit sehr geschlossenen Gesellschaftsformen. Integration muss deshalb befähigen, sich in unserer offenen Gesellschaft zu rechtzufinden. Gleichberechtigung von Mann und Frau, Toleranz für andere Lebensentwürfe sowie Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit müssen gelehrt und gelebt werden. Integration bedeutet auch Loyalität zur deutschen Nation. Wer zu uns kommt, von dem erwarten wir Verbundenheit zu unserem Staat und seinen Institutionen. Gegen Deutschland gerichtete Aktivitäten sind damit unvereinbar. Wir lassen nicht zu, dass ethnische, religiöse oder politische Konflikte fremder Volksgruppen auf unserem Boden ausgetragen werden.

Gelungene Integration ist eine Bereicherung. Bayern ist das Land gelingender Integration. Wer sich hier eine Existenz aufbaut, wer etwas leistet und sich in unsere Gemeinschaft einbringt, findet hier neue Heimat. Er ist eine Bereicherung für das einzigartige bayerische Miteinander. Wer in sein Herkunftsland zurückkehrt, hat durch das hier Erlernte beste Voraussetzungen für den Wiederaufbau seiner Heimat. Die bei uns erfahrenen Vorteile gelebter Demokratie sollen Ansporn und Befähigung sein, in der Heimat zum Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens beizutragen.

Deutsche Staatsbürgerschaft muss ein Bekenntnis sein. Die Erlangung der Staatsbürgerschaft ist nicht der Anfang, sondern die Bestätigung gelungener Integration. Wir treten für klare Kriterien für den dauerhaften Aufenthalt in unserem Land und den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ein. An erster Stelle gehören dazu die uneingeschränkte Anerkennung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, das Bekenntnis zur Leitkultur sowie ausreichende deutsche Sprachkenntnisse. Wer Deutscher werden will, soll das nicht nur auf dem Papier, sondern auch mit dem Herzen werden.

- **Zusammenhalt durch Identität: Heimat und Weltoffenheit!**

Wir bekennen uns zu unserer Heimat und zu Weltoffenheit. Das war und ist die Erfolgsformel für den bayerischen Weg: Offen sein für Neues und Anderes, aber gleichzeitig stark sein an Identität und innerem Zusammenhalt. Nur wer Heimat hat, kann weltoffen sein. Heimat gibt den Menschen Identität und sorgt für ein lebendiges Miteinander.

Bayern ist ein Kulturstaat. Bayern mit seiner unvergleichlichen Geschichte und Tradition hat ein vielfältiges kulturelles Erbe. Sowohl in Ballungszentren als auch in ländlichen Räumen zeichnet sich Bayern durch eine lebendige und facettenreiche Kunst- und Kulturszene aus. Diesem kreativen und dynamischen Kulturstaat fühlen wir uns verpflichtet. Besonders die regionale Vielfalt mit all ihren Profilen wollen wir fördern und bewahren: angefangen von der Hochkultur über das reiche Spektrum der Volkskultur bis hin zu Brauchtum und Dialekt. Die Kultur lebt vom Einsatz und von der Begeisterung der Bürger. Der Förderung des Nachwuchses in unzähligen Vereinen kommt ein besonderer Stellenwert zu. Durch Heimatpflege und Denkmalschutz sowie eine vorausschauende Stadt- und Regionalentwicklung halten wir das bauliche und

kulturelle Erbe Bayerns lebendig. Staatliche Förderung unterstützt die Vielfalt und die Kreativität in der zeitgenössischen Kunst. Aufgabe des Kulturstaates ist es, den Bürgern Teilhabe am kulturellen Leben zu eröffnen.

Bayern hat vier Stämme. Altbayern, Franken, Schwaben und Bayerns „vierter Stamm“, die Sudetendeutschen, gehören zusammen und haben wie auch alle anderen deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler einen festen Platz in Bayern. Bayern hat nach dem Krieg wie kein anderes Land Vertriebene aufgenommen. Wir sind dankbar für die großartige Aufbauleistung. Die CSU ist die politische Heimat der Vertriebenen. Wir werden das kulturelle und geistige Erbe sowie das Brauchtum der Vertriebenen lebendig halten. Die Aussöhnung mit Tschechien war das natürliche Ziel unserer Vertriebenenpolitik. Dass heute ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis mit Tschechien erreicht wurde, ist eine großartige Errungenschaft und gute Basis, um berechnigte Anliegen der Vertriebenen zu vertreten.

Ländliche wie städtische Räume sind Heimat. Der Freistaat fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern. Dazu tragen unsere Heimatstrategie und eine verantwortungsvolle Landesentwicklung bei. Wir wollen, dass sich städtische und ländliche Regionen ergänzen. Alle Regionen des Freistaats müssen gleichermaßen am guten Weg Bayerns teilhaben. Alle Regionen machen die Vielfalt, die Identität und die Leistungsfähigkeit des Freistaats aus.

Das Ehrenamt gestaltet Heimat. Die Menschen in Bayern stehen zusammen und können sich auf den Zusammenhalt verlassen. Wer ein Ehrenamt in Gesellschaft, Wirtschaft oder Politik übernimmt, gibt ein besonderes Zeichen der Verbundenheit mit der Heimat. Für viele Menschen gehört das Ehrenamt zu ihrer Identität. Sie leisten einen unglaublich wertvollen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir wissen, dass dieses Engagement nicht selbstverständlich ist. Staat und Gemeinden haben den Auftrag, ehrenamtlichen Einsatz unbürokratisch zu fördern und anzuerkennen. Deshalb hat das Ehrenamt in Bayern Verfassungsrang. Für die Zukunft müssen wir Wege finden, das Ehrenamt mit den modernen Lebensweisen zu vereinbaren. So finden auch junge Menschen Zeit für das Ehrenamt. Wir sind die Partei des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements.

Heimatliebe und Patriotismus gehören zusammen. Patriotismus heißt: Wertschätzung der eigenen Kultur gepaart mit Respekt vor anderen Kulturen. Das Bekenntnis zur deutschen Nation und zu Bayern als unserer Heimat ist ein gesunder und positiver Patriotismus. Dieser Patriotismus stärkt unser Land. Eine Überhöhung der eigenen und Herabsetzung anderer Kulturen lehnen wir strikt ab.

2. Wirtschafts- und Sozialordnung: fortschrittlich und fair!

Bayern und Deutschland stehen erfolgreich da. Unsere starke Wirtschaft ist Grundlage für unseren Wohlstand und den sozialen Ausgleich. Wenn wir das Erreichte erhalten und ausbauen wollen, müssen wir uns anstrengen. Unser Standort und die Soziale Marktwirtschaft sind heute an vielen Stellen herausgefordert.

Die Digitalisierung verändert alles. Sie verschiebt die Grundkoordinaten von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft fundamental. Mitunter genügt eine neue Geschäftsidee, um ganze Branchen zu revolutionieren. Die Möglichkeiten für neue Technologien, für neue Produkte und für neue Märkte wachsen beträchtlich. Die Grenzen zwischen Produktion und Dienstleistung, zwischen Besitzen und Nutzen, zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen. Ein digitaler Aufbruch ist nötig, um beim nächsten Wirtschaftswunder dabei zu sein.

Die Globalisierung kennt keine herkömmlichen Leitplanken. Neue weltumspannende Konzerne der Internetbranche haben mehr Kapital, Daten und Kunden als alle anderen Unternehmen. Die Digitalisierung befördert ein „globales Monopoly“. Das schadet dem Wettbewerb und ist nicht im Interesse von Mittelständlern und Verbrauchern. Die globale Wirtschaft braucht Regeln für fairen Wettbewerb und eine nachhaltige Entwicklung. Die Staaten müssen die Leitplanken für die Globalisierung neu setzen. Globalisierung muss für alle gut sein.

Der technologische Fortschritt beschleunigt sich selbst. Die Möglichkeiten von Digitalisierung, künstlicher Intelligenz und Biotechnologie verdoppeln sich alle eineinhalb bis zwei Jahre. In weniger als zwei Jahrzehnten wächst die Leistungsfähigkeit um den Faktor 1.000. Der technologische Fortschritt eröffnet viele Chancen. Zugleich ergeben sich neue Fragen nach der Zukunft der Arbeit und den Grenzen der Ökonomisierung des Menschen.

Die Bevölkerungsentwicklung verschärft die Knappheit der Ressourcen. Die Ressourcen auf der Erde sind endlich. Eine nachhaltige Wirtschaft muss sorgsam damit umgehen. Der Bevölkerungsexplosion in Teilen der Welt folgt eine Nachfrageexplosion bei Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Globale Nachhaltigkeit erfordert, dass wir die planetaren Grenzen beachten und Nachhaltigkeit regional leben. Die weitere Zunahme der Bevölkerungszahl wird bei nicht vermehrbare Anbaufläche eine große Herausforderung für eine ressourcenbewusste Landwirtschaft.

Das Bedürfnis nach Sicherheit nimmt zu. Den meisten Menschen bei uns geht es gut. Viele haben aber Sorge, ob das in Zukunft so bleibt. Sie stehen unter dem Eindruck zunehmender Ungleichheiten und einer sich international weiter öffnenden Schere der Einkommens- und Vermögensverteilung. Sie suchen nach wirtschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten und sorgen sich um ihr Auskommen im Alter. Sie hinterfragen den Wert von Veränderungen und zweifeln am Fortschritt. Diese Sorgen der Menschen müssen ernst genommen und ausgeräumt werden.

Soziale Marktwirtschaft | Was unser Leitbild ist

Wir stehen für eine Ordnung, die Freiheit und Verantwortung, Wohlstand und Gerechtigkeit, Markt und Gemeinwohl vereint. Die Soziale Marktwirtschaft als freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung geht vom Menschen aus. Sie lebt davon, dass jeder sein Leben in die Hand nimmt. Der Einzelne kann selbst bestimmen, wofür er seine Arbeitskraft und sein Einkommen einsetzt. Und er kann sich darauf verlassen, dass ihm geholfen wird, wenn er sich selbst nicht helfen kann. Das ist das Erfolgsrezept der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft sorgt für eine starke gesellschaftliche Mitte. Dafür stehen wir auch in Zukunft.

Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist das erfolgreichste Wirtschaftsmodell der Welt. Sie bringt Freiheit, Wohlstand, Eigenverantwortung und Solidarität in Einklang wie keine andere Wirtschaftsordnung. Ihr marktwirtschaftlicher Wettbewerbsgedanke sorgt für Leistungsfreude, die Sozialordnung für Sicherheit und Ausgleich. Die CSU war federführend daran beteiligt, die Soziale Marktwirtschaft gegen planwirtschaftliche Bestrebungen durchzusetzen. Auch heute wehren wir uns dagegen, die Soziale Marktwirtschaft abzuschaffen oder schlecht zu reden.

Wir setzen auf Leistung und Wettbewerb. Leistung muss sich lohnen. Wer sich anstrengt, muss mehr haben als derjenige, der dies nicht tut. Leistungswettbewerb fördert Eigeninitiative, schafft Innovationen und sorgt für einen fairen Preis. Wirtschaftliche Leistung muss sich auszahlen, und wirtschaftliche Risiken dürfen nicht abgewälzt werden. Eine Wirtschaftsordnung, die Gewinne privatisiert und Risiken sozialisiert, lehnen wir strikt ab.

Wir setzen auf Gemeinwohl und Solidarität. Soziale Sicherheit ist ein Gebot der Menschlichkeit. Sie ist Fundament für inneren Frieden und Grundlage wirtschaftlicher Leistungskraft. Wer in Folge von Alter, Behinderung, Krankheit oder Arbeitslosigkeit nicht für sich selbst sorgen kann, muss auf die Solidarität aller vertrauen können. Daraus einen allumfassenden Versorgungsanspruch mit Vollkaskomentalität abzuleiten, ist mit uns nicht zu machen. Der Sozialstaat wäre falsch verstanden, wenn er bevormundet und eigene Leistung hemmt. Die Staatsquote ist auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen.

Wir stehen für das Eigentum. Die Soziale Marktwirtschaft gründet auf privatem Eigentum. Wer etwas Dauerhaftes aufbaut, wer sein Leben in die eigenen Hände nimmt, soll die Früchte seiner Arbeit auch behalten dürfen. Der Staat muss Leistung honorieren, Vermögensaufbau ermöglichen, Eigentum schützen und schleichende Enteignung verhindern. Umgekehrt muss jeder wissen: Eigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft.

Wir stehen für eine Wirtschaft, die die Schöpfung achtet. Die Marktwirtschaft der Zukunft ist die ökosoziale Marktwirtschaft. Sie vereint soziale, ökonomische und ökologische Ziele. Wir wollen das Bewusstsein für Ressourceneffizienz in Wirtschaft und Gesellschaft fördern. Der achtsame Umgang mit unserer Umwelt, Grund und Boden sowie der Tierwelt und der Vielfalt der Arten ist uns Auftrag. Unsere Schöpfung müssen wir für die kommenden Generationen schützen und bewahren.

Wir treten für faire Besteuerung ein. Das Steuerrecht hat den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft zu folgen. Es muss leistungs- und investitionsfreundlich, gerecht und möglichst einfach sein. Wir stehen für eine Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Menschen mit höherem Einkommen haben mehr zum Gemeinwesen beizutragen als Menschen mit geringerem Einkommen. Umgekehrt muss aber auch gelten: Wer mehr leistet, soll auch mehr zur eigenen Verfügung haben. Wir sind für eine faire Besteuerung von Einkommen aus Arbeit und Kapital. Versteckte Steuererhöhungen – wie die Kalte Progression – lehnen wir ab. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Sie

schädigt die Gemeinschaft. Steuerhinterziehung muss konsequent verfolgt, Steuer-schlupflöcher müssen wirksam geschlossen werden.

Wir kämpfen für eine stabile Währung. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist Fundament der gemeinsamen Währung und deshalb strikt einzuhalten. Europa muss eine Stabilitäts- und darf keine Schuldenunion sein. Eine Vergemeinschaftung von Staatsschulden lehnen wir ab. Nur ein stabiler Geldwert sorgt dafür, dass das Erwirtschaftete auch Bestand hat. Die Europäische Zentralbank muss sich strikt am Ziel der Preisniveaustabilität orientieren. Eine dauerhafte Nullzinspolitik und schrankenlose Geldschöpfung sind mit den Zielen der Sozialen Marktwirtschaft nicht zu vereinbaren. Wenn Zinsen faktisch abgeschafft sind, verlieren Anstrengung, Vorsorge und Sparen ihren Wert. Statt zu nachhaltigem Vermögensaufbau kommt es zu Investitionsblasen und übermäßiger Verschuldung. Es ist falsch, wenn der Konsum belohnt und Sparen bestraft wird. Bargeld ist geprägte Freiheit. Wir sagen Nein zur Abschaffung des Bargelds.

Wir stehen zum europäischen Binnenmarkt und zu offenen Märkten. Bayern und Deutschland sind Standorte von zahlreichen Weltmarktführern. Wir profitieren von offenen Märkten, der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie dem freien Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital. Wohlstand wird dauerhaft nur in europäischer und globaler Zusammenarbeit gesichert. Freier und fairer Handel ist wichtig. Er beteiligt alle an der Wertschöpfung und trägt zu Freiheit in der Welt bei.

Wir wertschätzen die Leistungsträger. Arbeitnehmer, Unternehmer, Selbstständige, Freiberufler und Landwirte: sie alle übernehmen Verantwortung für sich und andere und dienen damit der Gemeinschaft. Das freie Unternehmertum mit allen Betriebsgrößen und Branchen macht unseren Standort aus. Unser starker Mittelstand mit seinen Familienunternehmen, die freien Berufe und das Handwerk sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie stellen zukunftsorientierte Ausbildungsplätze. Im Handwerk ist der Meistertitel dafür eine wichtige Voraussetzung. Mittelstand und Handwerk sind zusammen mit Land- und Forstwirtschaft Garanten für Chancen und Wertschöpfung im ländlichen Raum. Wir bekennen uns zur heimischen und familiengeführten Landwirtschaft. Unsere Landwirte verdienen faire Wertschätzung ihres unverzichtbaren Beitrags zur Ernährungssicherung sowie zum Erhalt der Kulturlandschaft. Wir setzen auf den ehrbaren Unternehmer. Er weiß, dass er Verantwortung hat: für das eigene Unternehmen und die Mitarbeiter, Partner und Kunden, für sein örtliches Umfeld, die Umwelt und die Allgemeinheit.

Wir stehen für Ordnungspolitik und aktive Wirtschaftspolitik. Soziale Marktwirtschaft braucht einen festen Rahmen mit klaren Regeln. Dafür sorgt ein starker Staat. Der starke Staat ist durchsetzungsfähig im Großen und freiheitlich im Kleinen. Er soll Regulierung auf das notwendige Maß begrenzen. Der Staat soll nur dort tätig werden, wo Selbstregulierung und Selbstverantwortung nicht greifen. Wir stehen zu den Kammern als Träger der Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Der Staat soll durch eine konstante Wirtschaftspolitik Planungssicherheit geben. Entschieden stellen wir uns gegen Überregulierung und von Kontrollwahn getragene bürokratische Gängelung. Aktive Wirtschaftspolitik ist das bayerische Markenzeichen und eine wichtige Ergänzung der Ordnungspolitik.

Neue Fairness | Worauf es in Zukunft ankommt

Wir treten dafür ein, die Soziale Marktwirtschaft stark zu machen für das nächste Wirtschaftswunder. Nur eine faire Wirtschafts- und Sozialordnung sichert dauerhaften Wohlstand. Wir wollen die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in die Zukunft übersetzen: mit fairen Chancen für alle, mit fairen Spielregeln für die Arbeits- und Wirtschaftswelt, mit fairen Bedingungen für die Umwelt und kommende Generationen. Das schafft fairen Wohlstand.

- **Fairness durch Fortschritt: Das nächste Wirtschaftswunder!**

Fair ist, was Zukunft schafft. Fortschritt ist Basis für unseren Wohlstand und sozialen Frieden. Offenheit für Neues und Mut zum Unternehmertum liegen im Interesse unserer Gesellschaft. Wir treten dafür ein, die Soziale Marktwirtschaft wieder stark zu machen. Wir wollen den Geist der Wirtschaftswunderjahre neu beleben. So kann die Soziale Marktwirtschaft ihr Wohlstandsversprechen auch künftig einlösen.

Zukunft hat ein Ziel. Unser Ziel heißt: Bayern Weltspitze. Wir wollen in wesentlichen Schlüsselbereichen der Wirtschaft zur globalen Leitregion werden. Die intelligente Fabrik und das Internet der Dinge: werden in Bayern gedacht und gemacht. Vernetzte Mobilität und selbstfahrende Autos: werden auf unseren Straßen realisiert. Personalisierte Medizin und neueste Medizintechnik: kommen aus unseren Laboren. Smarte Energiesysteme und intelligente Häuser: werden bei uns aufgebaut. Höchster Schutz für Daten und Privatsphäre: wird in Bayern programmiert. – Das nächste Wirtschaftswunder: findet in Bayern statt.

Innovationskultur eröffnet Zukunft. Unsere Wirtschafts- und Sozialordnung ist auf die Innovationskraft von Unternehmen und Wissenschaft angewiesen. Ohne sie würden wir im weltweiten Wettbewerb ins Hintertreffen geraten. Innovationen sichern Arbeitsplätze und stabilisieren unsere sozialen Sicherungssysteme. Fortschritt, Innovationen und Wachstum sind wichtig, um Fairness auch in Zukunft zu gewährleisten. Wir stehen für Chancenbewusstsein statt Verzagtheit. Wir brauchen eine gesellschaftliche Innovationskultur: Unser Land muss offen sein für verantwortliche Innovationen und soll Lust auf Zukunft wecken.

Fortschritt braucht Macher. Unternehmer, Gründer und Beschäftigte sorgen für Aufbruch. Starke Gründer stehen für neue Dynamik. Sie zeigen unternehmerischen Mut. Wir wollen ein Klima der Gründerfreundlichkeit schaffen und den Gründergeist fördern: Nur wenn wir Neues wagen, können wir Zukunft gewinnen. Die mittelständische Wirtschaft ist eine wesentliche Quelle von Fortschritt, Innovation und Wachstum. Mittelständische Innovationsfähigkeit gibt es nur mit unternehmerischer Freiheit. Eine dirigistische, intervenierende und zentralistische Wirtschaftspolitik lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf weniger Bürokratie und mehr Anreize für Innovationen. Wir sorgen für gute Rahmenbedingungen, damit bestehende Betriebe Zukunft haben und Neues entstehen kann.

Fortschritt muss den Menschen dienen. Die Menschen haben Vertrauen in Fortschritt, wenn er ihnen nützt und beherrschbar ist. Der Maßstab für Fortschritt ist der Mensch. Technik darf sich nicht vom Menschen entkoppeln. Jede Art von Technik – auch autonome Systeme und künstliche Intelligenz – muss vom Menschen beherrschbar bleiben. Nicht das Machbare, sondern das Verantwortbare ist unser Maßstab. Die Grenzen von Technologisierung und Ökonomisierung sind dort erreicht, wo der Mensch nicht mehr Maß der Dinge ist. Bei der Beurteilung neuer Technologien dürfen wir unseren Maßstab nicht für allgemeingültig erklären: Wir müssen anderen Teilen der Welt angesichts unterschiedlicher Herausforderungen zugestehen, auch zu anderen Entscheidungen zu kommen.

Fortschritt benötigt ethische Leitplanken. Wir müssen neue Konzepte zum Umgang mit neuen Technologien entwickeln. Bioethik steckt die Grenzen für die Biotechnologie ab: Biotechnologie muss der Heilung von Menschen verpflichtet sein – niemals darf sie zur Selektion von Leben führen. Digitalisierung braucht eine digitale Ethik. Wir stellen die digitale Souveränität der Menschen in den Mittelpunkt. Maßgabe muss der selbstbestimmte Umgang mit den eigenen Daten sein. Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung für die Welt von Daten und Algorithmen weiterentwickeln. Wir wollen sicherstellen, dass Menschen nicht unbewusst oder gezwungenermaßen mit ihren Daten bezahlen müssen. Auch autonome Systeme und künstliche Intelligenz müssen unseren ethischen Vorgaben folgen. Die Prüfung der Algorithmen – von Programmen und Befehlen – muss hier möglich sein.

- **Fairness durch Befähigung: Chancen für alle!**

Eine faire Wirtschafts- und Sozialordnung muss allen die Teilhabe am Wohlstand ermöglichen. Unsere Maxime heißt: Fairness durch Befähigung, nicht durch Umverteilung! Wir wollen die Menschen befähigen, ihre Chancen zu nutzen: überall und für jeden.

Neue Chancen sind für alle da. Dafür müssen wir stark sein in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Spitzenforschung in Bayern und Deutschland bedeutet Spitzenchancen für die Menschen. Wir wollen die Forschungslandschaft in Bayern weiter in allen Landesteilen ausbauen. Neue Errungenschaften müssen überall in Bayern ihren Weg in die Wirtschaft und zu den Menschen finden. Kooperation zwischen Hochschulen, außeruniversitärer Forschung und Wirtschaft ist die Triebfeder künftiger Erfolge. Die Talente von heute machen wir zu den Spitzenkräften von morgen. Das gelingt durch eine starke berufliche und akademische Ausbildung sowie durch Fort- und Weiterbildung. Fachkräftesicherung ist Wohlstandssicherung.

Chancen liegen in starken Regionen. In der Vielfalt liegt die Stärke Bayerns. Wir gestalten eine Politik der gegenseitigen Ergänzung von städtischen und ländlichen Regionen. Wir wollen alle gleichermaßen am guten Weg Bayerns teilhaben lassen. Gleichwertige Lebensbedingungen sind die Voraussetzung für faire Chancen: Die Menschen müssen überall im Land gleichermaßen Zugang zu Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kultur, Betreuung und staatlichen Dienstleistungen haben. Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum mit Lebensqualität schaffen. Bezahlbarer Wohnraum muss Teil des Wohlstandsversprechens der Sozialen Marktwirtschaft sein. Der Freistaat fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern.

Chancen brauchen Infrastruktur. Wirtschaft braucht Wege, Menschen brauchen Mobilität und alle brauchen das Internet. Eine leistungsfähige und ressourcenschonende Infrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass es überall Chancen gibt. Leistungsfähige Telekommunikations- und Breitbandverbindungen sind in der Gigabit-Gesellschaft genauso Lebensadern für ein Land wie Verkehrswege, Transportmittel und Stromnetze. Bayern kann seine Stärken nur ausspielen, wenn seine Infrastruktur auf modernstem Stand ist. Mit einer vorausschauenden Infrastrukturpolitik wollen wir leistungsfähige Lösungen und Anwohnerschutz zusammenbringen. Wir müssen Mobilität von Menschen, Gütern und Daten neu denken. Moderne Mobilität bedeutet die Verknüpfung von Infrastruktur, Verkehrsträgern und digitaler Kommunikation. Dazu kommt der Ausbau der Elektromobilität. Wir wollen den Gedanken der gemeinsamen Ressourcennutzung, ganz gleich ob Car-Sharing oder andere Aspekte der Sharing Economy, in die Infrastruktur der Zukunft einbetten. Wir setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur ein. Dieser muss sich an der langfristigen Notwendigkeit orientieren. Wir bauen nicht um des Bauens willen, wir bauen für die Zukunft der Menschen.

Chancen gibt es nur mit Energie. Unsere Energieversorgung soll sicher, sauber und bezahlbar sein. Das ist unverzichtbare Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg, hohe Lebensqualität sowie Umwelt- und Klimaschutz. Den Ausbau der erneuerbaren Energien gestalten wir im Einklang mit Mensch und Natur. Unsere bayerische Landschaft wollen wir bewahren. Die Energiewende darf nicht unverhältnismäßig zu Lasten der Bürger und der Wirtschaft gehen oder Arbeitsplätze gefährden. Wir wollen Energie sparen, einen vielfältigen Energiemix ausbauen und die Energietechnik weiterentwickeln. Dafür braucht es einen intelligenten, technologieoffenen und marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen. Energieversorgung in Bürgerhand ist eine wichtige Grundlage für die Akzeptanz der Energiewende. Wir wollen die Energiewende nutzen, um Abhängigkeiten zu verringern und die regionale Wertschöpfung zu stärken.

Landwirtschaft heißt Chancen im ländlichen Raum. Land- und Forstwirtschaft müssen auch künftig Garanten für Wertschöpfung in der Region sein: mit wertvollen Arbeitsplätzen, einer nachhaltigen Rohstoffherzeugung und -nutzung sowie flächendeckender Pflege der Kulturlandschaft. Wir bekennen uns zu unserer heimischen, bäuerlichen Landwirtschaft. Sie steht insbesondere für die Produktion hochwertiger Nahrungsmittel. Das Tierwohl ist uns dabei ein großes Anliegen: Die Stärke der bäuerlichen Landwirtschaft liegt in der artgerechten und bodengebundenen Tierhaltung. Das Leitbild ist der familiengeführte Landwirtschaftsbetrieb. Besonders die Arbeit der kleinen und mittleren Betriebe muss wertgeschätzt werden. Unser Ziel ist es, die Vielfalt unserer Landwirtschaft zu erhalten: Alle Betriebsgrößen und Erzeugungsformen müssen möglich sein. Der permanente Strukturwandel muss durch politische Maßnahmen sozial und ökonomisch abgefedert werden. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Land- und Forstwirtschaft sichern. Ökologische und soziale Leistungen der Landwirte, die gesellschaftlich gewünscht sind, müssen angemessen ausgeglichen werden. Wir wollen das Bewusstsein und die Wertschätzung für unsere gesunden und qualitativ hochwertigen Lebensmittel stärken. Über die Marktpreise sollen unsere heimischen Erzeuger ein sicheres und ausreichendes Einkommen erzielen können. Qualität hat auch bei Lebensmitteln ihren Preis.

- **Fairness durch Arbeit: Gutes Auskommen und soziale Sicherheit!**

Erfolgreiches Wirtschaften ist auf Dauer nur mit sozialem Frieden möglich. Fairness heißt für uns: Wir wollen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können und soziale Sicherheit haben. Wir setzen uns für einen Sozialstaat des fairen Ausgleichs ein. Zur Fairness gehört Eigenverantwortung. Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben fördern und zu Eigenverantwortung befähigen. So viele Menschen wie möglich sollen für sich selbst sorgen können.

Wer arbeitet, muss davon leben können. Arbeitnehmer gehören zu den Leistungsträgern unserer Gesellschaft. Jede Arbeit ist sinnvoll und hat ihren Wert. Wer arbeitet, soll mehr in der Tasche haben als jemand, der nicht arbeitet. Wer Vollzeit arbeitet, soll davon leben können. Instrumente der Sozialpolitik wie die Tarifbindung, Qualifizierungsmaßnahmen oder fallweise Aufstockung können helfen, diesen Anspruch zu erfüllen. Fairness im Erwerbsleben bedeutet nicht nur Auskommen, sondern auch Lebensqualität.

Gute Arbeit ist familienfreundlich. Wir brauchen flexible Beschäftigungsmodelle für eine familienfreundliche Arbeitswelt. Dafür gibt es bereits viele Beispiele in der betrieblichen Praxis. Der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienpause muss erleichtert werden. Die Aufstiegs- und Qualifizierungschancen für Mütter und Väter gilt es zu verbessern. Gemeinsam mit den Unternehmen wollen wir Hemmnisse beseitigen und mehr Flexibilität ermöglichen. Der Wechsel von Teilzeit zu Vollzeit und umgekehrt muss einfacher möglich sein. Präsenz am Arbeitsplatz und die Möglichkeiten der Telearbeit sollen sich flexibel ergänzen. Wir wollen, dass unbefristete Arbeitsverhältnisse

die Regel bleiben. Gerade auch Berufsanfänger, die eine Familie haben oder gründen wollen, brauchen Planungssicherheit.

Betriebliche Vielfalt ist Chance und braucht Fairness. In vielen Unternehmen ist die Belegschaft so vielfältig wie unsere Gesellschaft: mit Frauen und Männern, Jung und Alt, Menschen mit vielfältigen Qualifikationen und unterschiedlicher Herkunft. So können Unternehmen neue Entwicklungen schneller aufnehmen. Es muss Selbstverständlichkeit sein: Frauen und Männer müssen gleiches Geld für gleiche Arbeit bekommen. Das Geschlecht darf bei gleichen Voraussetzungen die Aufstiegschancen nicht beeinflussen. In selber Weise dürfen Arbeitnehmer mit Behinderungen oder Migrationshintergrund nicht benachteiligt werden.

Die moderne Arbeitswelt benötigt einen modernen Rahmen. Die Prinzipien der Tarifautonomie, der Mitbestimmung und der Sozialpartnerschaft haben sich bewährt. Gleichzeitig wird die Gestaltung der Arbeitswelt neu herausgefordert. Internationaler Austausch, Digitalisierung und demografischer Wandel verändern die Ansprüche an die Arbeitswelt. Neue Arbeitsformen wie „Crowd-Working“ verwischen die Grenzen zwischen abhängiger und selbstständiger Tätigkeit. Unsere Überzeugung ist, dass die moderne Arbeitswelt gemeinsam ausgestaltet werden muss: mit grundsätzlicher Verlässlichkeit und notwendiger Flexibilität. Das Arbeitsrecht muss auf die Arbeitswelt angepasst, aber nicht entkernt werden. Wir stehen zum notwendigen Schutz der Arbeitnehmer.

Vermögensaufbau muss möglich sein. Wir wollen, dass jeder durch eigene Arbeit Eigentum erwerben und Vermögen aufbauen kann. Das ermöglicht Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung. Eigentum bedeutet Sicherheit. Gerechte Steuer- und Vorsorgepolitik belohnt Eigenverantwortung, Leistung und private Vorsorge. Gerade für Familien muss der Erwerb von Wohneigentum möglich sein. Wir treten deshalb für ein Baukindergeld ein.

Gesundheit darf keine Frage von Einkommen sein. Im Mittelpunkt unseres Gesundheitssystems steht der Mensch. Kranke, Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftige müssen auf die Solidarität der Gemeinschaft vertrauen können. Niemand, der Hilfe benötigt, darf alleine gelassen werden. Einer Zwei- oder Mehrklassenmedizin erteilen wir eine Absage. Solidarität bedeutet, dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Die CSU lehnt ein System ab, bei dem jeder unabhängig vom Einkommen gleich viel zahlen muss. Wir treten für eine vielgestaltige Versicherungslandschaft ein, in der verschiedene Modelle ihren Platz haben. Der medizinische und technische Fortschritt muss für alle da sein: Der Präventionsgedanke soll weiter gestärkt sowie die sprechende und beratende Medizin ausgebaut werden. Moderne Medizin hat einen ganzheitlichen Blick auf den Menschen als Einheit von Körper, Seele und Geist.

Flächendeckende Versorgung ist unabdingbar. Wir wollen Medizin und Hilfe zu den Menschen bringen, nicht umgekehrt. Dafür müssen alle Möglichkeiten wie die der Telemedizin ausgeschöpft werden. Die flächendeckende Versorgung soll passgenau mit ambulanten haus-, fachärztlichen sowie stationären Leistungen erfolgen. Das gilt auch für Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie Apotheken. Wir halten freie Arzt- und Krankenhauswahl, Therapiefreiheit und Unabhängigkeit der freien Gesundheitsberufe hoch. Um auch künftig qualifiziertes Personal zu finden, müssen wir die Attraktivität der Pflegeberufe steigern. Menschen, die sich um andere kümmern, haben unsere besondere Wertschätzung verdient. Wir wollen Innovationen nutzen, um Eigenverantwortung, Mitwirkung und Selbstkontrolle des Patienten zu stärken. Der Einzelne muss immer die Hoheit über seine Gesundheitsdaten haben.

Die Rente muss fair und auskömmlich sein. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll im Alter auskömmlich und selbstbestimmt leben können. Wer mehr eingezahlt hat,

muss im Alter auch mehr haben; dafür steht die Leistungsrente. Wer Kinder aufgezogen hat, soll davon beim Rentenniveau profitieren; dafür stehen Mütterrente und Kinderbonus. Altersarmut – von der insbesondere Frauen betroffen sind – müssen wir aktiv bekämpfen. Fairness zwischen den Generationen wird über den Generationenvertrag und die Rentenformel sichergestellt. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung muss langfristig eine Balance hergestellt werden: zwischen privater wie betrieblicher Vorsorge, Renteneintrittsalter und gesetzlichem Rentenniveau. Wir brauchen mehr Flexibilität beim Renteneintritt. Das ermöglicht Freiheit für die Menschen und trägt den unterschiedlichen Erwerbsbiographien Rechnung.

Der Sozialstaat muss tragfähig bleiben. Einen leistungsfähigen Sozialstaat kann es nur geben, wenn wir wirtschaftlich stark sind. Wir können für unseren Sozialstaat nur so viel ausgeben, wie wir erarbeiten. Es ist unmoralisch, unseren Kindern und Enkeln Schulden und Lasten aufzuerlegen. Soziale Sicherheit muss dauerhaft auf einem stabilen Fundament stehen. Wir setzen uns für eine zukunftsfeste Finanzierung der sozialen Sicherung ein. Zu ihren Elementen gehören Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, betriebliche und private Vorsorge sowie Steuerfinanzierung.

- **Fairness durch Regeln: Globale Ordnung!**

Fairness gibt es nur mit Regeln, an die sich alle halten. Die Soziale Marktwirtschaft muss auch in der neuen Wirtschaftswelt die ordnende Kraft sein. Die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind in die Zukunft zu übersetzen und weltweit zu exportieren. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft zur global-sozialen Marktwirtschaft machen.

Wettbewerb braucht Schutz vor Monopolen. Die Digitalisierung verändert die Spielregeln am Markt grundlegend: Einige wenige globale Konzerne können mit ihrer Marktmacht ihre eigenen Regeln setzen. Weltweite Monopole über verschiedene Sektoren hinweg bedrohen Wettbewerb und Arbeitsplätze. Die Soziale Marktwirtschaft muss wehrhaft sein: Nicht Größe darf entscheiden, sondern der funktionierende Wettbewerb. Wir setzen uns dafür ein, die übergroße Marktmacht einzelner Unternehmen zu begrenzen. Gegen Monopole bei Daten und Informationen helfen nur strikte Auflagen. Wir brauchen im Kartellrecht ein modernes Verständnis von Marktabgrenzung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. Durchsetzungsfähige Behörden sorgen für eine effektive Wettbewerbskontrolle. Wir treten für wirksame digitale Spielregeln in Europa und der Welt ein. Wir wollen, dass europäische Standards auch gegenüber multinationalen Unternehmen mit Sitz außerhalb Europas durchgesetzt werden.

Neues und Altes verdienen Chancengleichheit. Der digitale Wandel hat Produkte und Dienstleistungen hervorgebracht, für die bestehende Regeln nicht ausgelegt sind. Es wäre nicht fair, wenn neue Anbieter daraus einen dauerhaften Wettbewerbsvorteil gegenüber den traditionellen Branchen ziehen. Umgekehrt wäre es nicht richtig, neue Geschäftsmodelle zu benachteiligen oder gar zu verbieten. Deshalb stehen wir für eine Angleichung der Regulierung von alter und neuer Welt: Was bisher nicht reguliert ist, braucht eine Mindestregulierung. Was übermäßig reguliert ist, bekommt mehr wirtschaftliche Freiheit und weniger Bürokratie.

Finanzmärkte und Steuerwettbewerb benötigen entschiedene Regulierung. Wir wollen keine Verselbstständigung der Finanzmärkte. Die Finanzwirtschaft muss wieder auf ihre dienende und stabilisierende Rolle zurückgeführt werden. Unser deutsches Drei-Säulen-System aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken hat sich bewährt. Wir befürworten eine strikte Regulierung des weltweiten Finanzmarkts, die gleichwohl angemessen den Unterschieden in unserem Bankensystem Rechnung trägt. Fairer Wettbewerb verlangt internationale Steuerfairness.

Gewinne und Einkommen müssen dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Einem unfairen und ruinösen Steuerwettbewerb gehören Grenzen gesetzt; Steuererosen müssen weltweit geächtet werden.

Welthandel muss unseren Standards folgen. Wir stehen zum freien und fairen Welt-handel. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass unsere sozialen, ökologischen oder politischen Standards in der globalen Wirtschaft untergraben werden. Wir fordern bei internationalen Handelsverträgen, dass unsere Standards für Arbeits-, Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz eingehalten werden. Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge wie die Trinkwasserversorgung haben in Handelsabkommen nichts verloren.

Globalisierung braucht globale Regeln mit unseren Werten. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass Globalisierung Verlierer produziert. Der Staat hat die Aufgabe, die positiven Seiten der Globalisierung allen seinen Bürgern zugänglich zu machen. Jeder soll zum Globalisierungsgewinner werden können. Wir wollen dazu die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft international verbindlich machen. Wir wollen Taktgeber für internationale Standards sein und ordnungspolitische Leitplanken setzen. Die Soziale Marktwirtschaft ist die gemeinsame europäische Antwort auf Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft. Wir wollen für die Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft werben und sie als Wirtschaftsform erster Wahl global verfestigen. Notwendige Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb sind eine globale Wettbewerbspolitik, der Schutz geistigen Eigentums, der Kampf gegen Korruption und ein stabiles internationales Finanzsystem. Gerade Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Verbraucherschutz benötigen Raum für Regionalität und Vielfalt.

- **Fairness durch Nachhaltigkeit: Verantwortung für die Eine Welt!**

Nachhaltig handeln heißt, ökonomische, ökologische und soziale Aspekte einzubeziehen. Faires Wirtschaften berücksichtigt nachfolgende Generationen und respektiert die Schöpfung. Faires Wirtschaften weiß um die Herausforderungen globaler Ungleichheiten und denkt an die eigene Verantwortung in der Einen Welt. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft auch zu einer ökosozialen machen.

Umweltschutz fängt bei uns an. Der Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung folgt unmittelbar aus dem christlichen Menschenbild. Dabei setzen wir auf Kooperation statt Konfrontation. Für uns kommen Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und kooperativer Umweltschutz vor staatlicher Regulierung. Partner, die freiwillig mehr leisten als gesetzlich verpflichtet, sind Vorbild im Umweltschutz. Umweltdelikte sind keine Kavaliersdelikte. Wer Vorschriften missachtet, muss mit aller Härte des Rechtsstaats rechnen.

Nachhaltigkeit ist Notwendigkeit und Chance für Wirtschaft und Umwelt. Wir setzen auf Umweltinnovationen. Die Agrarforschung muss nachdrücklich verstärkt werden. Nachhaltige Tierhaltung und Landnutzung sowie effizienter Ressourceneinsatz sollen dadurch weiter verbessert werden. Wir wollen das Wirtschaftswachstum durch intelligenten Fortschritt vom Ressourceneinsatz entkoppeln. Die Steigerung der Ökoeffizienz und das Schließen von Wirtschaftskreisläufen verbindet quantitatives und qualitatives Wachstum. So bringen wir Ökonomie und Ökologie zusammen.

Eine gemeinsame Welt braucht gemeinsamen Schutz. Wir wollen unsere Wirtschaftsform so weiterentwickeln, dass wir die Belastbarkeit der Erde nicht ausreizen. Ökologische Nachhaltigkeit ist eine globale Aufgabe. Wir müssen gemeinsam die Lebensgrundlagen vor Raubbau, Zerstörung und unumkehrbaren Klimaveränderungen schützen. In unserer Einen Welt gelingt der Schutz von Umwelt, Natur und Klima nur durch aktive internationale Zusammenarbeit. Die völkerrechtsverbindliche Zielvereinbarung für den CO₂-Ausstoß ist beispielhaft.

Fair ist, an andere zu denken. Fairer Wohlstand ist das zentrale Konzept für die globale Entwicklung in der Einen Welt. Die Industrieländer dürfen ihren Wohlstand nicht auf Kosten anderer erwirtschaften. Ausbeutung kann nicht die Grundlage günstiger Preise sein. Bei globaler Wertschöpfung müssen wir andere dabei unterstützen, selbst nachhaltig zu wirtschaften. Die global nachhaltige Entwicklung liegt in unserem Interesse. Fairer Wohlstand schützt vor sozialen Spannungen und stiftet Frieden. Wir unterstützen die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Bayern und Deutschland leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Alle Menschen sollen Zugang zu Wasser, Nahrung, Bildung, Arbeitsplätzen und medizinischer Versorgung erhalten.

Schulden sind kein Vermächtnis. Fair ist es, heute an morgen zu denken. Unsere Kinder und Enkel haben Chancen statt Schulden verdient. Wir dürfen unseren Wohlstand nicht auf Kosten der kommenden Generationen erwirtschaften. Eine Finanzierung des Staates auf Schuldenbasis lehnen wir kategorisch ab. Solide Staatsfinanzen sind Garant für Generationengerechtigkeit.

3. Staats- und Rechtsordnung: stark und verlässlich!

Deutschlands Staats- und Rechtsordnung hat sich über Jahrzehnte bewährt und ist weltweit Vorbild. Sie steht für Stabilität, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Gleichwohl wird sie heute herausgefordert: durch neue Bedrohungen im Innern und Äußern, durch ausufernde Erwartungen an den Staat und durch komplexere Zusammenhänge. Die Menschen haben Anspruch auf einen starken Staat, dem sie vertrauen können.

Neue Bedrohungen richten sich gegen das Gemeinwesen. Terrorismus, Angriffe aus dem Internet und staatsfeindliche Ideologien bedrohen unser Zusammenleben. Unsere Staats- und Rechtsordnung muss darauf Antworten geben. Mit neuen Instrumenten wollen wir mehr Sicherheit schaffen, um die Freiheit zu schützen.

Die Erwartungen an den Staat verändern sich. Gewünscht ist mehr Beteiligung – gleichzeitig soll es schnelle Entscheidungen geben. Erwartet werden umfassende Regelungen – gleichzeitig muss es weniger Bürokratie geben. Gefordert wird ein durchsetzungsstarker Staat – gleichzeitig ist die Freiheit der Bürger zu achten. Damit muss der moderne Staat lernen umzugehen.

Die staatliche Steuerungsfähigkeit wird auf die Probe gestellt. Akteure in der digitalen Welt entziehen sich zunehmend staatlichen Regelungen. Hier muss die staatliche Ordnung gegenwirken und neue Möglichkeiten zur Steuerung entwickeln. Es muss gelten: Die Politik setzt die Regeln.

Politik muss mit wachsender Komplexität umgehen. Der technische Fortschritt und die wirtschaftliche Beschleunigung führen zu großen Veränderungen. Vertrauen in die Institutionen und deren Fähigkeit zur Problemlösung wird immer öfter auf die Probe gestellt. Aufgabe der Politik ist es, Veränderungen zu erklären und Wandel zu gestalten. Es darf sich niemand abgehängt oder von der Modernisierung überfordert fühlen. Gute Politik nimmt die Menschen mit und bindet sie ein.

Medien und Internet beeinflussen zunehmend den öffentlichen Diskurs. Eine lebendige Demokratie ist auf Vielfalt von Meinungen und Objektivität von Informationen angewiesen. Der Staat muss dies auch im Zeitalter von Suchmaschinen und sozialen Medien sicherstellen. Nicht die Macht der Algorithmen, sondern die Macht der Argumente muss gelten.

Starker Staat | Was unser Leitbild ist

Wir stehen für eine Ordnung des starken und verlässlichen Staates. Der Staat ist oberster Garant von Freiheit und Sicherheit, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Er achtet die Rechte der Bürger und sorgt für Gerechtigkeit. Gelingendes Zusammenleben setzt einen starken Staat voraus. Nur er kann die Bürger beschützen und die demokratische Ordnung verlässlich durchsetzen.

Wir gehen vom freien und mündigen Staatsbürger aus. Der Staat muss eine vernünftige Ordnung der allgemeinen Freiheit gewährleisten. Allgemeine Freiheitsrechte sind zu schützen und im Verhältnis der Mitbürger zu regeln. Der Staat muss die Beteiligung an der politischen Willensbildung als Freiheitsrecht gewährleisten.

Wir setzen auf den starken und souveränen Staat. Er ist vom Staatsvolk als Souverän getragen, übt die Staatsgewalt aus und schützt das Staatsgebiet. Weder sozialistische Utopien noch übersteigerter Liberalismus können eine funktionierende staatliche Ordnung ermöglichen. Ein starker Staat ist Garant einer freien Gesellschaft und Hüter der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir treten für die freiheitliche demokratische Grundordnung ein. Sie führt die Staatsgewalt auf die politische Freiheit der Staatsbürger zurück. Der Staat muss sich gegenüber denen behaupten, die seine Grundordnung hintertreiben oder beseitigen wollen. Wir bekämpfen politischen Extremismus von Links wie von Rechts ebenso wie jede Art von religiösem Extremismus. Die wehrhafte Demokratie darf weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind sein.

Wir stehen für den starken Rechtsstaat. Der Bürger muss darauf vertrauen können, dass die Rechtsordnung gilt und verlässlich vollzogen wird. Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts muss gelten. Wir sind überzeugt: Ein Staat ist nur verlässlich mit einem starken und unabhängigen Rechtswesen.

Wir bekennen uns zur parlamentarischen Demokratie. Sie lebt von der aktiven Mitwirkung der Bürger, vor allem bei Wahlen. Sie legitimiert staatliches Handeln. Der erste Ort hierfür sind die Parlamente mit ihren demokratisch gewählten Abgeordneten. Wir stehen für starke und unabhängige Parlamentarier. Die direkte Demokratie mit Bürger- und Volksentscheiden ist eine wichtige Ergänzung.

Wir sind überzeugte Föderalisten. Die deutschen Länder sind historisch gewachsen. Sie geben Identität und Heimat. Wir schöpfen unsere Kompetenzen zum Wohle unserer Bürger voll aus. Auch künftig werden wir die Dinge selbstbewusst in unserem – im bayerischen – Sinne regeln. Wir werden jeden Versuch zurückweisen, die Eigenstaatlichkeit der Länder zu untergraben oder ihre Kompetenzen auszuhöhlen. Deutschland braucht das starke Bayern.

Wir denken Politik von den Kommunen her. Eine lebendige Demokratie lebt von Bürgernähe und eigenverantwortlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Wir treten für starke und lebendige Kommunen ein. Das Subsidiaritätsprinzip muss in Bayern, Deutschland und Europa gelten: Eine Aufgabe soll nur dann von einer höheren Ebene wahrgenommen werden, wenn eine untere sie nicht ebenso oder gar besser erledigen kann.

Wir stehen für die Mitwirkung der Parteien an der Meinungs- und Willensbildung. Demokratie lebt vom konstruktiven Wettstreit der politischen Ideen. Für einen stabilen, handlungsfähigen Staat ist die integrative Kraft der Parteien unerlässlich. Als Volkspartei führen wir alle Bevölkerungsteile und Schichten zusammen. So schaffen wir politischen Ausgleich.

Neues Vertrauen | Worauf es in Zukunft ankommt

Die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass der Staat seinen Aufgaben verlässlich nachkommt. Der Staat muss seinerseits um neues Vertrauen werben, damit er Rückhalt hat und stark sein kann. Wir stehen für den Staat, zu dem die Menschen Vertrauen haben können. Er muss Sicherheit bieten, für Recht und Ordnung sorgen, Lösungen liefern und Akzeptanz finden. Wir wollen einen Staat, der stark im Großen und freiheitlich im Kleinen ist; einen wertgebundenen Staat, der auch wehrhaft ist; und einen bürgerfreundlichen Staat, der vom Menschen her gedacht ist.

- **Vertrauen durch Schutz: Der Staat als Garant von Sicherheit und Ordnung!**

Die erste Aufgabe des Staates ist es, seine Bürger zu schützen. Der Staat muss Stärke zeigen, wenn es um den Schutz seiner Bürger geht. Darauf vertrauen die Bürger. Heute ist Sicherheit wichtiger denn je. Wir wollen, dass bei uns alle Menschen frei und sicher leben können – zuhause, im öffentlichen und im digitalen Raum. Nur in einem sicheren Staat ist ein Leben in Freiheit möglich.

Freiheit braucht Sicherheit. Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit, friedliches Zusammenleben und Vertrauen in den Staat. Die Menschen in unserem Land haben ein Recht auf Sicherheit. Bayern sorgt für ein Leben in Sicherheit, und das bleibt auch in Zukunft so. Wir gewähren null Toleranz bei Rechtsverstößen und Gewalt. Die CSU ist und bleibt die Partei der Inneren Sicherheit. In Bayern leben, heißt sicher leben.

Sicherheit braucht Stärke und Sichtbarkeit. Kennzeichen unserer Innenpolitik ist eine robuste bayerische Sicherheitsarchitektur: Die Stärke und Kompetenz unserer Sicherheitsbehörden sorgt für Deeskalation. Recht und Ordnung sind konsequent durchzusetzen. Eine Bagatellisierung von Straftaten darf nicht sein. Wir geben unseren Sicherheitsbehörden einen starken Rückhalt in Politik und Gesellschaft. Unsere Polizei muss sich nicht verstecken. Sichtbare Polizei im öffentlichen Raum gehört zu einem sicheren Staat. Zur Inneren Sicherheit zählt aber auch die Hilfe in Notfällen und elementaren Gefahrenlagen. Rettungsdienste, Feuerwehren und Katastrophenschutz leisten hauptberuflich und ehrenamtlich jeden Tag Großes. Sicherheit braucht solche engagierten Bürger. Wir wertschätzen dieses Engagement, fördern es und reduzieren bürokratische Hemmnisse.

Sicherheit gibt es nur mit Vertrauen. Unsere Sicherheitskräfte verdienen Respekt und Anerkennung. Wir sind stolz auf unsere bayerische Polizei und auf alle, die im täglichen Dienst für die Sicherheit der Bevölkerung eintreten. Verlässlich gewährleisten sie Sicherheit und setzen Ordnung durch. Polizeiarbeit darf nicht behindert oder verunglimpfend als Polizeigewalt hingestellt werden. Wer Gewalt gegen unsere Sicherheitskräfte übt, greift uns alle an. Wir wollen mehr für die Sicherheit derer tun, die uns vor Rechtsbrechern schützen. Wir schützen die, die uns schützen.

Der Schutz vor neuen Gefahren benötigt neue Konzepte. Bedrohungen machen nicht an Staats- und Ländergrenzen halt. Im Kampf gegen internationalen Terrorismus und organisierte Kriminalität bedarf es intensiver Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden, über Länder- und nationale Grenzen hinweg. Gefährder müssen an der Einreise in unser Land gehindert werden, sie müssen überwacht und wenn möglich außer Landes gebracht werden.

Die Bundeswehr ist Teil der nationalen Sicherheit. Im Kampf gegen asymmetrische und terroristische Bedrohungslagen brauchen wir ein integriertes nationales Sicherheitskonzept. Kräfte der äußeren und inneren Sicherheit sollen sich wirksam ergänzen. Gegen terroristische Bedrohungen, zur Grenzsicherung und beim Angriff auf kritische Infrastrukturen soll die Bundeswehr auch außerhalb der Katastrophenhilfe im Innern zum Einsatz kommen können.

Sicherheit braucht die beste Ausstattung und geeignete rechtliche Befugnisse. Die personelle, technische und rechtliche Ausstattung unserer Sicherheitskräfte muss auf aktuellem Stand und höchstem Niveau sein. Kriminelle dürfen keinen technischen Vorsprung haben. Neue Bedrohungsszenarien wie Terrorismus oder digitale Kriminalität erfordern geeignete Befugnisse. Der digitale Raum ist kein rechtsfreier und kein rechtsverfolgungsfreier Raum. Auch digitale Spuren müssen rechtssicher und verhältnismäßig ausgewertet werden können. Die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit ist für das digitale Zeitalter fortzuschreiben.

Auch Verbraucherschutz ist Sicherheit. Die Verbraucher sollen sich auf sichere Lebensmittel, Produkte und Dienstleistungen verlassen können. Wir wollen ein Netz der Verbrauchersicherheit spannen. Mündige Verbraucher, die Selbstverpflichtung von Produzenten, die Nutzung von aussagekräftigen Siegeln sowie staatliche Regelungen und Kontrollen sollen zusammenwirken. Bei Verstößen müssen wirkungsvolle Sanktionsmechanismen greifen. Das muss mehr als bisher auch für Importprodukte gelten.

- **Vertrauen durch Ordnung: Stärke des Rechts!**

Das Vertrauen der Bürger in die Geltung des Rechts ist Grundlage jeglicher staatlichen Ordnung. Wir wollen einen verlässlichen Staat, der die demokratische Herrschaft des Rechts garantiert. Das Gewaltmonopol des Staates ist für uns nicht verhandelbar.

In Deutschland gilt das Grundgesetz. Rechtsetzung, Rechtsprechung und Rechtsvollzug sind für uns ausschließlich staatliche Aufgaben. Sie sind zwingend an das Grundgesetz gebunden. Nur der Staat ist berechtigt und verpflichtet, die geltende Rechtsordnung durchzusetzen. Er darf nicht weichen, sondern muss Stärke zeigen, wenn Clans, Friedensrichter oder selbsternannte Scharia-Polizisten unsere demokratische Rechtsordnung unterlaufen. Parallelgesellschaften haben bei uns keinen Platz. Die deutschen Gesetze gelten für alle Menschen in Deutschland. Wir dulden weder Paralleljustiz noch Relativierungen oder gar Beschneidungen von Grundrechten. Wir zeigen null Toleranz gegenüber verfassungsfeindlichen Ideologien, religiösem Fanatismus und menschenrechtswidrigen Handlungen wie Zwangsheirat, Kinderehen und Genitalverstümmelung. Eine Erosion unserer Staats- und Rechtsordnung lassen wir nicht zu.

Der Rechtsstaat ist weltanschaulich neutral. Unsere Staats- und Rechtsordnung unterscheidet zwischen Staat und Religion. Das Verhältnis zu den christlichen Kirchen und anderen verfassten Religionsgemeinschaften ist partnerschaftlich ausgestaltet. Jede Praxis von Religion muss sich in diese Ordnung einfügen. Bei uns hat weder eine Staatsreligion Platz noch eine von einem anderen Staat gesteuerte oder finanzierte Religion. Umgekehrt muss der Staat sicherstellen, dass seine religiöse und weltanschauliche Neutralität gewahrt bleibt. Das Tragen von Kopftuch oder Vollverschleierung verbietet sich für Vertreter der Staatsgewalt.

Strafrecht braucht Konsequenz. Wir setzen auf effektive und rasche Strafverfolgung. Verbrechen darf sich nicht lohnen. Der Rechtsstaat muss klare Kante zeigen und seinen Strafanspruch durchsetzen. Strafen müssen spürbar sein, aber auch Maß und Mitte kennen. Im Vordergrund stehen der Schutz der Opfer und die Verhinderung neuer Straftaten. Resozialisierung ist wichtig, darf aber nicht zu falsch verstandener Milde führen. Opferschutz geht vor Täterschutz.

Rechtsstaatlichkeit heißt auch Rechtssicherheit. Nur rechtsstaatliche Verfahren gewährleisten belastbare Entscheidungen, die anerkannt werden. Rechtssicherheit ist ein hohes Gut. Man muss sich auf die Geltung und Durchsetzung von Recht und Gesetz verlassen können. Gesetzgebung und -anwendung sollen vorhersehbar sein und Kon-

stanz zeigen. Es darf keine beliebige Anwendung von Recht und keine willkürliche Aussetzung von Vorschriften geben. Zur Rechtssicherheit gehört Rechtheffizienz: Ehe neues Recht erlassen wird, muss bestehendes angewandt werden.

Recht kontrolliert Politik, ersetzt sie aber nicht. Staatliches Handeln unterliegt der Kontrolle der Gerichte. Politische Leitentscheidungen gehören aber in die Parlamente. Das ist Kern des Rechtsstaats und der Gewaltenteilung.

- **Vertrauen durch Souveränität: Klare Kompetenzen!**

Neues Vertrauen gewinnt der Staat durch klar zugewiesene Kompetenzen der verschiedenen Ebenen. Ein souveräner Staat ist ein handlungsfähiger Staat. Er ist in der Lage, die an ihn legitimer Weise gerichteten Ansprüche zu erfüllen. Gleichzeitig gilt: Der Staat kann nicht der allumfassende Vorsorgestaat sein, der jede Entscheidung und jedes Risiko abnimmt.

Kommunen sind Heimat. Sie sind dem Bürger am nächsten: Hier engagieren sich Menschen ehrenamtlich. Hier gestalten Menschen ihr unmittelbares Lebensumfeld. Hier beginnt Politik. Wir wollen starke und eigenverantwortliche Kommunen, die finanziell so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Kommunalfreundlichkeit und die Achtung der kommunalen Selbstverwaltung sind Überschrift unserer Politik. Wir setzen uns für die Lebensqualität und Zukunftschancen der Menschen ein. Die Organisation der öffentlichen Daseinsvorsorge im fairen Wettbewerb ist Sache der Kommunen. Zur Daseinsvorsorge gehört auch das schnelle Internet.

Souveränität baut auf Eigenstaatlichkeit. Starke, leistungsfähige Länder sind entscheidend für bürgernahes staatliches Handeln. Wir verteidigen und stärken die föderale Selbstständigkeit der Länder gegenüber dem Bund und Europa. Bei der Aufgabenverteilung muss dem Gedanken der Subsidiarität Rechnung getragen werden. Europa und der Bund müssen mehr Regionalität zulassen und mehr Abweichungsspielräume eröffnen.

Souveränität wächst mit föderalem Wettbewerb. Wir wollen den Wettbewerb im Föderalismus wieder stärken. Die Länder sollen untereinander und mit dem Bund um die besten Lösungen konkurrieren. Dadurch schaffen wir echten Mehrwert für die Bürger. Hier sind vor allem die anderen Länder gefordert: Sie müssen ihre Aufgaben stärker wahrnehmen und den Wettbewerb der Länder annehmen. Dazu gehören auch die Möglichkeit der Regionalisierung von Steuern und ein fairer Länderfinanzausgleich. Leistung darf nicht bestraft, Haushaltsdisziplin muss belohnt werden.

Zum starken Staat gehört solides Haushalten. Ein Staat, der dauerhaft über seine Verhältnisse lebt, gefährdet seine Handlungsfähigkeit. Er vergisst seine Verantwortung für die kommenden Generationen. Ungezügelter Verschuldung lehnen wir ab. Wir machen Bayern schuldenfrei. Der Staat muss mit dem auskommen, was er hat. Dazu begrenzen wir den Staat bei Einnahmen, Ausgaben und Aufgaben. Wir wollen die Staatsquote nicht erhöhen. Solide Staatsfinanzen sind dauerhaft nur zu erreichen, wenn der Staat nicht mit immer neuen Aufgaben überfrachtet wird.

Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Ein Staat, der immer neue Aufgaben an sich zieht, droht sich selbst zu lähmen. Der Staat soll mehr Kraft für seine Kernaufgaben aufwenden und dadurch handlungsfähiger werden. Außerhalb der Kernaufgaben soll der Staat wirksam steuern und weniger selbst handeln.

- **Vertrauen durch Beteiligung: Bürger und Staat auf Augenhöhe!**

Beteiligung schafft Vertrauen. Wir denken den Staat vom Bürger her. Wir wollen, dass die Menschen ihre Kompetenz und ihren Sachverstand einbringen. Der Staat lebt von der Zustimmung seiner Bürger. Im Zusammenwirken in der Verantwortungsgemeinschaft von Bürger und Staat werden Betroffene zu Beteiligten. Wir wollen mit den Bürgern auf Augenhöhe Politik gestalten. Für uns gilt: Zuhören – Nachdenken – Entscheiden.

Die Koalition mit dem Bürger schafft Akzeptanz. Bürgernahe Politik tritt mit den Bürgern nicht nur zu Beginn und zum Ende der Legislaturperiode in Kontakt, um die Legitimation für die nächsten Jahre zu erlangen. Bürgernahe Politik sucht beständig den Kontakt zu den Bürgern und bindet sie durchgängig im politischen Prozess ein. Wir wollen alle einbinden: durch nachvollziehbare Information, rationale Argumentation, offene Kommunikation, ehrlichen Dialog mit Betroffenen und fairen Interessenausgleich. Gute Politik erklärt Entscheidungen anstatt sie als alternativlos darzustellen.

Bürgerbeteiligung stabilisiert das politische System. Wir wollen keine Dagegen-Gesellschaft, sondern eine Dafür-Demokratie. Bürgerbeteiligung schafft zusätzliche Legitimität und macht Demokratie erlebbar. Politik muss offen sein, den kollektiven Sachverstand der Bürgerschaft frühestmöglich mit einzubinden. Nicht auf die Entscheidung, sondern auf die fortwährende Beteiligung kommt es an. Bayern ist das Land der Volks- und Bürgerentscheide. Nirgends sonst in Deutschland gibt es so viele direkt-demokratische Entscheidungen wie in Bayern. Direkt-demokratische Instrumente bereichern und ergänzen die parlamentarische Demokratie. Sie haben befriedende Wirkung.

Grundlegende Entscheidungen sind Sache des Parlaments und des Volkes. Mit Stolz können wir auf eine jahrzehntelang gefestigte parlamentarische Tradition zurückblicken. Unser Land zählt zu den stabilsten Demokratien der Welt. In den Parlamenten wird erfolgreich der politische Ausgleich organisiert. Wir wollen die Parlamente gegenüber der Exekutive stärken. Die CSU möchte künftig auch im Bund das Volk bei grundlegenden Fragen für Land und Menschen direkt beteiligen. Insbesondere bei nicht zu revidierenden Weichenstellungen und bei europäischen Fragen von besonderer Tragweite soll die Bevölkerung in Abstimmungen entscheiden. Wir wollen, dass das Grundgesetz durch das deutsche Volk auch auf dem Weg von Volksbegehren und Volksentscheid mit Zweidrittel-Mehrheit geändert werden kann. Der Wesenskern der Verfassung, der Grundrechte und der föderalen Ordnung sind davon ausgenommen.

Der moderne Staat ist Dienstleister für seine Bürger. In einer bürgerfreundlichen und modernen Verwaltung ergänzen sich persönliche Kontakte und die Möglichkeiten des E-Government sinnvoll. Moderne Verwaltung soll Verfahren aus dem Leben der Menschen heraus denken und vereinfachen. Moderne Verwaltung verlagert nicht Bürokratie ins Internet, sondern vereinfacht den Alltag für die Menschen. Wir brauchen nicht immer mehr Regulierung, sondern eine konsequente Entbürokratisierung. Staatliche Verfahren müssen die Lebenslagen der Menschen in den Blick nehmen. Wir setzen auf den mündigen Bürger. Wir wollen einen Staat, der auf Motivation statt auf Bevormundung setzt. Wo immer es geht, wollen wir Anreize statt Verbote.

Wir wertschätzen den Staatsdienst. Wer sich als Beamter, Arbeitnehmer oder Richter in den Dienst des Staates stellt, dient der Allgemeinheit. Unseren Staatsdienern gebühren Respekt und Anerkennung für ihren Einsatz und ihre Leistungen. Der öffentliche Dienst trägt maßgeblich zum Erhalt der staatlichen Ordnung und Erfüllung staatlicher Aufgaben bei. Er muss attraktiv sein, damit der Staat auch im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen kann. Wir bekennen uns zum Berufsbeamtentum und seinen Grundsätzen. Auch alle ehrenamtlich aktiven Bürger in den Kommunen verrichten Dienst am Gemeinwesen. Dieses Engagement ist tragende Säule der Gemeinschaft und verdient besonderen Dank.

- **Vertrauen durch Öffentlichkeit: Freie Meinungsbildung!**

Demokratie lebt vom Wettstreit von Meinungen und Ideen. Im öffentlichen Diskurs werden Argumente ausgetauscht und findet Meinungsbildung statt. Wir wollen die Meinungsvielfalt sichern, um die Demokratie zu stärken. Der Staat muss eine offene, anspruchsvolle und effiziente Rundfunk- und Medienordnung gewährleisten.

Demokratie braucht Öffentlichkeit. Die CSU tritt für die offene Gesellschaft ein. Das bessere Argument muss zählen. Wir wehren uns dagegen, dass Vielfalt durch unausgewogene Berichterstattung und verordnete Meinungen gefährdet wird. Wir sind überzeugt, dass Pluralismus statt Konformismus das Rezept für demokratischen Diskurs ist.

Meinungsvielfalt ist mehr als Informationsvielfalt. Die informierte Gesellschaft ist nicht automatisch eine wissende Gesellschaft. Ein Mehr an Information bedeutet nicht zwingend ein Plus an Qualität und Meinung. Wir brauchen vielfaltssichernde Vorgaben für große Plattformanbieter im Internet. Globale Medienanbieter im Internet sollen einen Zugang für europäische, nationale und regionale Inhalte bereitstellen. Suchmaschinen und soziale Netzwerke müssen gegenüber Aufsichtsbehörden ihre Algorithmen offenlegen. Anbieter haben zu gewährleisten, dass eigene Angebote nicht bevorzugt und Meinungen nicht gewichtet werden. Sie sind in der Pflicht, gegen automatisierte Meinungsmache und Hasskommentare vorzugehen und sie zu unterbinden.

Meinungsvielfalt braucht Medienvielfalt. Das öffentlich-rechtliche Medienangebot ist in der veränderten Medienlandschaft unverändert wichtig. Es muss auch auf neuen Ausspielwegen im Internet und für neue Zielgruppen relevant sein und Aufmerksamkeit finden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll sich auf seine Kernaufgaben rückbesinnen. Dadurch kann er Relevanz zurückgewinnen. Wir wollen eine vorurteilsfreie Diskussion über die Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Rundfunklandschaft in Deutschland. Wir streben langfristig die Zusammenlegung von ARD und ZDF unter einem Dach an: Kostspielige Doppelstrukturen sollen beseitigt werden, die Programmvietalt erhalten bleiben. Bei der Gestaltung der Programme muss die Rolle der vielfältigen und leistungsfähigen deutschen Produktionslandschaft angemessen berücksichtigt werden. Wir treten für gesunden Wettbewerb und auskömmliches Nebeneinander öffentlich-rechtlicher und privater Medien ein. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen privater Medien müssen so sein, dass sie sich im Wettbewerb behaupten können.

Umgang mit Vielfalt benötigt Medienkompetenz. Medienkompetenz ist Grundvoraussetzung für soziale, berufliche und gesellschaftliche Teilhabe. Sie muss befähigen, mit einer wachsenden Menge an Informationen differenziert umzugehen und selbst in angemessener Form zu kommunizieren. Wir wollen keine digitale Spaltung der Gesellschaft. Alle Generationen sollen befähigt werden, am digitalen Zeitalter teilzuhaben. Mediennutzung betrifft alle Alters- und Bevölkerungsgruppen. Für Menschen mit Behinderungen setzt Teilhabe auch den Zugang zu barrierefreien Angeboten voraus.

Aus der Freiheit von Presse und Medien erwächst Verantwortung. Der Auftrag des Journalisten ist an die Grundwerte der Verfassung gebunden. Religiöse Empfindungen und Symbole sind zu respektieren. Durch den digitalen Wandel und vielseitige Informationsangebote ergeben sich neue Herausforderungen für den Journalismus. Umso wichtiger ist ein verantwortungsvoller Umgang mit der Informationsversorgung der Bevölkerung, der sich der wahrheitsgemäßen und qualitativen Berichterstattung verschreibt. Die Pressefreiheit verpflichtet dazu, die Sachverhalte sorgsam zu bewerten und mit der gebotenen Neutralität einzuordnen. In den sozialen Netzwerken ist jeder gefordert, auf einen angemessenen und respektvollen Umgang zu achten.

4. Friedens- und Sicherheitsordnung: stabil und handlungsfähig!

Bis vor wenigen Jahren schien die Welt noch in Ordnung: Mit dem Ende des Kalten Krieges konnten wir die Deutsche Einheit vollenden und die Spaltung unseres Kontinents überwinden. Der Sieg von Demokratie und Marktwirtschaft ließ auf Frieden und Wohlstand in der Welt hoffen. Heute sehen wir: Die Welt ist in neuer Unordnung. Konflikte entstehen schnell und breiten sich aus, Staaten zerfallen, Stabilität und Sicherheit schwinden. Auf Stabilität und neue Handlungsfähigkeit kommt es an.

Die Bedrohungsszenarien für Staaten haben sich mit hoher Dynamik gewandelt. Terrororganisationen und kriminelle Netzwerke destabilisieren im Nahen Osten und in Afrika ganze Staaten. Asymmetrische Bedrohungen, Cyber-Attacken und neue Konfliktformen wie hybride Kriege fordern etablierte Verteidigungsstrukturen heraus. Deshalb braucht es eine neue Sicherheitskonzeption.

Bevölkerungsexplosion und Klimawandel sind eine Gefahr für den Frieden. Ihre Auswirkungen führen zur Verknappung von Ressourcen und machen Länder und Regionen instabil. Die Folgen sind Migration, Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen. Notwendige Hilfe muss vorausschauend ansetzen. Die Bekämpfung von Fluchtursachen schafft die Grundlage für neue Stabilität und Sicherheit.

Es gibt eine Globalisierung von Krisen. Geografische Distanzen sind angesichts der weltweiten Vernetzung zunehmend keine Barriere mehr. Entfernt scheinende Entwicklungen haben unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf Europa, Deutschland und Bayern. Wir spüren ihre Folgen als gewaltige Migrationsbewegungen oder gar in Form von Gewalt und Terror. Wegschauen kann keine Option sein. Wo nötig, müssen wir uns einmischen.

Die westliche Wertegemeinschaft wird herausgefordert. Extremisten und Islamisten, Autokratien und Diktaturen definieren sich über den Kampf gegen unsere Werteordnung. Sie missachten allgemeine Grundsätze des Völkerrechts wie die universelle Geltung der Menschenrechte oder das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wenn Freiheit und Demokratie herausgefordert werden, muss die westliche Wertegemeinschaft wehrhaft sein.

Europa droht an den Rand gedrängt zu werden. Neue politische Akteure aus anderen Regionen treten auf die weltpolitische Bühne. In diesem globalen Wettbewerb muss sich Europa behaupten. Europa muss seine Handlungsfähigkeit – gerade auch in der Außen- und Sicherheitspolitik – stärken. Dabei geht es schlicht um die Selbstbehauptung Europas.

Partnerschaftliche Sicherheit | Was unser Leitbild ist

Wir stehen für eine Ordnung, die Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa und der Welt befördert. Seit Jahrzehnten ist Deutschland ein starker und verlässlicher Partner in internationalen Bündnissen. Unser Grundgesetz, die universellen Werte des Völkerrechts und das westliche Verteidigungsbündnis bilden den Rahmen. Auch künftig wird die CSU zu einer verantwortungsvollen internationalen Politik beitragen und Deutschlands Rolle in der Welt aktiv mitgestalten. Sicherheit und Stabilität in Partnerschaft: Das leitet uns auch künftig.

Wir bekennen uns zur deutschen Nation und zu unserer Staatsräson. Das deutsche Volk strebt nach einem Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand. Unsere Verpflichtung ist die Wahrung und Vertretung der Interessen des deutschen Volkes. Im Bewusstsein unserer Geschichte und in Verantwortung für die Weltgemeinschaft bekennen wir uns zur Bündnissolidarität, zur Westbindung, zur europäischen Einigung sowie zu den Zielen der Vereinten Nationen. Das Existenzrecht Israels gehört für uns zur deutschen Staatsräson.

Wir setzen auf eine Außenpolitik, die deutsche Interessen formuliert und durchsetzt. Deutschland ist eine selbstbewusste Nation, die auf Augenhöhe mit anderen Staaten handelt. Wir müssen unsere nationalen Interessen ebenso selbstverständlich formulieren, wie es andere Staaten tun. Dazu sind wir zum Wohle unserer Bürger verpflichtet. Außenpolitik muss auch wirtschaftliche Interessen sichern und Versorgungssicherheit gewährleisten. Freier und fairer Handel, Zugang zu Rohstoffen und eine sichere Energieversorgung sind im deutschen Interesse. Unser Beitrag zu Sicherheit und Stabilität in der Welt entspricht unseren Wertvorstellungen und nutzt uns gleichzeitig als Exportnation. Unsere Außenpolitik muss Deutschlands Rolle in der Welt stärken.

Wir stehen zur Bundeswehr, die uns Frieden und Freiheit sichert. Die CSU ist die Partei der Bundeswehr. Wir setzen uns für die ein, die unserem Land dienen. Unsere Soldaten riskieren im Einsatz für unser Land nicht selten Gesundheit oder Leben. Das verdient höchsten öffentlichen Respekt. Wir wollen weiterhin „Staatsbürger in Uniform“ und eine sichtbare Bundeswehr im öffentlichen Leben. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee im Einsatz. Über den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr entscheidet der Deutsche Bundestag. Ausnahmen kann es nur in besonders dringenden und eiligen Fällen geben.

Wir stehen zur europäischen Idee von Frieden, Freiheit und Wohlstand in Vielfalt. Die europäische Einigung ist die bedeutendste politische Idee und der größte Stabilitätsbeitrag des 20. Jahrhunderts. Auf Grundlage der deutsch-französischen Freundschaft entstand die größte Friedens-, Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft, die es jemals in Europa gegeben hat. Völkerverständigung, kultureller Austausch und die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion sind historische Errungenschaften. Sie sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Die CSU steht uneingeschränkt zur europäischen Idee. Wir wollen, dass Europa zu dieser Ursprungsidee zurückkehrt. Europa soll sich auf die großen Zukunftsfragen konzentrieren. Die Einheit in der Vielfalt ist Europas Stärke, Europas Besonderheit und Europas kreativer Antrieb. Für die CSU gehören bayerische Heimatliebe, deutscher Patriotismus und europäische Identität zusammen. Die Menschen in Europa sollen sich als Europäer fühlen, ohne ihre Nationalität ablegen zu müssen. Wir sind zugleich Bayern, Deutsche und Europäer.

Wir bekennen uns zur transatlantischen Partnerschaft als Stabilitätsbündnis. Uns verbindet eine historisch gewachsene und verlässliche Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Deutschland und die USA teilen gemeinsame Erfahrungen, Werte und Interessen. Wir wollen die transatlantischen Beziehungen wieder intensi-

vieren und aus Bayern heraus neu beleben. Wir wissen, dass die transatlantische Partnerschaft allein nicht ausreicht für eine neue Stabilitätsordnung. Aber wir wissen auch, dass sie ohne diese Partnerschaft nicht zu erreichen ist.

Wir stehen fest in der Wertebasis der westlichen Welt. Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bilden die Grundlage jeder offenen Gesellschaft. Deutsche Außenpolitik darf nicht schweigen, wenn diese Werte in Gefahr sind. Im Gegenteil: Die Einhaltung der universellen Menschenrechte, die Durchsetzung des demokratischen Mehrheitswillens, der Schutz von Minderheiten, das Gebot von Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung sind globale Stabilitätsgrundlagen. Sie gilt es zu fördern. Die CSU steht uneingeschränkt auf der Seite der Freiheit und des Westens. Wir werden nicht zurückweichen, wenn Angriffe auf unsere freie Welt erfolgen. Wir stehen gemeinsam und solidarisch zusammen. Deutsche Sonderwege lehnen wir genauso ab wie neues Blockdenken.

Wir stehen an der Seite des Völkerrechts. Die Achtung und Durchsetzung des Völkerrechts trägt zu Stabilität und Sicherheit bei. Statt der Herrschaft des Stärkeren setzen wir uns auch international für die Herrschaft des Rechts ein. Die Bedeutung regionaler Machtzentren außerhalb Europas wächst. Umso mehr müssen wir Interesse an der Durchsetzung allgemein verbindlicher Regeln haben. Die Maßstäbe des internationalen Völkerrechts sind für uns nicht verhandelbar. Gemeinsam mit unseren Partnern arbeiten wir an einer regelbasierten Weltordnung.

Wir setzen auf gute Nachbarschaft. Bayern liegt im Herzen Europas. Auf gute Beziehungen zu unseren unmittelbaren europäischen Nachbarn legen wir besonderen Wert. Unsere Außenpolitik nimmt alle Partner ernst, unabhängig von ihrer Größe. Bayern wird sein internationales und europäisches Engagement auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene verstärken. Wir bauen die Beziehung zu unseren bestehenden Partnerregionen und neuen Zukunftsregionen weiter aus. Bayern ist Motor der fortschreitenden Integration Mittel- und Osteuropas. Dafür sorgt die bayerische Mittel- und Osteuropa-Strategie. Die Versöhnung mit Tschechien, die am Ende eines langen Prozesses steht, ist beispielhaft. Wir unterstützen die deutschen Minderheiten in den östlichen Nachbarstaaten, ihre kulturelle Identität und ihre Muttersprache zu erhalten.

Neue Handlungsfähigkeit | Worauf es in Zukunft ankommt

Die großen Herausforderungen unserer Zeit bedürfen neuer Handlungsfähigkeit. Eine isolierte Außen- und Sicherheitspolitik kann es in der vernetzten Welt nicht geben. Aber Deutschland muss einen eigenen Beitrag liefern. Deutschland trägt bei der Gestaltung der künftigen Friedens- und Sicherheitsordnung besondere Verantwortung. Wir wollen, dass Deutschland diese neue Verantwortung annimmt und wahrnimmt. So können wir unseren Werten wie Freiheit, Demokratie und Sicherheit weltweite Geltung verschaffen.

- **Handlungsfähigkeit durch Bereitschaft: Neue deutsche Verantwortung!**

Handlungsfähigkeit beginnt mit der eigenen Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung. Dafür brauchen wir alle Instrumente unserer Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik. Wir wollen, dass sich Deutschland engagiert: entsprechend seinem Gewicht, mit neuem Anspruch und gemäß den gewachsenen Erwartungen. Das schließt die Übernahme von Führung in Allianzen und Partnerschaften mit ein.

Deutschland muss neue Verantwortung übernehmen. Die Zusammenarbeit in der Europäischen Union, die transatlantische Partnerschaft und das Streben nach internationaler Kooperation bilden den Dreiklang deutscher Außenpolitik. Es ist Deutschlands Verantwortung, international Handlungsfähigkeit herzustellen und zu Stabilität beizutragen. Dazu muss Deutschland sein außenpolitisches Gewicht, seine wirtschaftliche Kraft, seine entwicklungspolitischen Möglichkeiten und seine militärischen Fähigkeiten einsetzen.

Neue Verantwortung heißt neue politische Konzeption. Die Wahrnehmung deutscher Interessen erfordert eine alle Ressorts vernetzende, verbindliche Gesamtkonzeption der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Ein Nationaler Sicherheitsrat kann die ressortübergreifende Zusammenarbeit und Analysefähigkeit weiter verstärken.

Neue Aufgaben erfordern neue Fähigkeiten für die Bundeswehr. Deutschland ist ein verlässlicher Bündnispartner und trägt zur Sicherheit seiner Verbündeten bei. Die Bundeswehr muss agil, flexibel, kurzfristig und wirksam auf Herausforderungen reagieren können. Die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes sicherzustellen, ist die zentrale Aufgabe der Bundeswehr. Sie benötigt ein umfassendes Fähigkeitsspektrum, um alle Einsatzaufgaben wie zum Beispiel Stabilisierungseinsätze, Terrorbekämpfung oder Abwehr von Cyber-Attacken erfolgreich meistern zu können.

Eine Armee im Einsatz benötigt eine langfristig stabile Finanzierung. Die sicherheitspolitische Lage und die Einsatzanforderungen an die Bundeswehr können sich innerhalb kürzester Zeit verändern. Fortwährende Handlungsfähigkeit erfordert eine hochqualifizierte Ausbildung und eine strukturgerechte Ausrüstung auf modernstem Stand. Das trägt auch wesentlich zur Attraktivität des Dienstes bei.

Die Wehrpflicht soll weiter im Grundgesetz verankert bleiben. Sie ist unabdingbar, um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands im Ernstfall sicherzustellen. Sollte sich die Sicherheitslage erkennbar verschlechtern oder die Bundeswehr ihre Aufgaben anders nicht mehr erfüllen können, muss die Wehrpflicht zur Landes- und Bündnisverteidigung wieder aktiviert werden.

Die Arbeit der Nachrichtendienste ist unverzichtbar. Entscheidungen in der Sicherheits- und Außenpolitik sowie zur Terrorabwehr erfordern ein umfassendes Lagebild. Die Nachrichtendienste leisten dazu im Verbund mit internationalen Partnern einen unverzichtbaren Beitrag. Viele Mitarbeiter gehen im Dienst für unser Land hohe persönliche Risiken ein. Sie verdienen dafür unseren Respekt und unsere Anerkennung.

Wir stehen zu einer leistungsfähigen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Große Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben sind nur durch enge europäische Kooperationen realisierbar. Sie stellen die gemeinsame Einsatzfähigkeit und die notwendige

Modernisierung der Streitkräfte sicher. Eine starke deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie leistet dazu einen verlässlichen Beitrag. Die eigenständige Systemfähigkeit der deutschen Wehrtechnik muss erhalten und weiterentwickelt werden. Bei ausgewählten Schlüsseltechnologien legen wir Wert auf nationale Souveränität und Unabhängigkeit. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Rüstungsexporten unterstützt die Außenpolitik bei der Stabilisierung strategischer Partner und vertieft die Beziehungen zu unseren Verbündeten.

- **Handlungsfähigkeit durch Gemeinschaft: Selbstbehauptung Europas!**

Europa dient unseren elementaren nationalen Interessen. Wirtschaftliche Stärke, sichere Arbeitsplätze, die Bewältigung neuer Bedrohungslagen und der Einfluss in der Staatengemeinschaft können nur mit Europa verwirklicht werden. Wir brauchen nicht mehr, aber ein besseres Europa: zur Sicherung von Frieden und Freiheit, unseres Wohlstandes und unserer Zukunftschancen.

Europa ist und bleibt eine Wertegemeinschaft. Im Bewusstsein seines geistig-religiösen und kulturellen Erbes gründet sich Europa auf der Achtung der Menschenwürde, von Frieden und Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte. Eine Ausdehnung der Europäischen Union über die Grenzen des Kontinents und den christlich-abendländischen Kulturkreis hinaus würde Europa als Wertegemeinschaft überfordern. Es sollen nur Staaten aufgenommen werden, die die Rechtsstaatlichkeit und alle übrigen festgelegten Beitrittskriterien erfüllen sowie geographisch vollständig in Europa liegen. Für alle anderen Staaten soll es besondere Formen der Partnerschaft geben. Einen politischen Rabatt oder falsche Hoffnungen auf eine Vollmitgliedschaft darf es nicht geben: Die Türkei kann nicht Vollmitglied der Europäischen Union werden.

Europa braucht Belebung als Interessengemeinschaft. Wir wollen, dass die europäische Idee neuen Zuspruch aus innerer Überzeugung findet. Das geht nur, wenn sich Europa stärker an den Interessen der Menschen ausrichtet. Europa muss den Interessen der Bürger, Regionen und Mitgliedstaaten genügen, nicht umgekehrt. Wir brauchen ein besseres Europa, damit wir unsere Interessen global effektiv durchsetzen können. Regionale, nationale und europäische Interessen dürfen keine Gegensätze sein.

Europa muss eine Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft sein. Sich im Ernstfall selbst verteidigen zu können, trägt zur Stabilität von Nachbarn und Partnern bei. Europa braucht eine wirksame gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Daneben bedarf es einer starken Mitwirkung in der OSZE und in anderen internationalen Organisationen. Das Zusammenwirken der Streitkräfte in einem starken europäischen Verteidigungsverbund wollen wir ausbauen. Wir unterstützen das Konzept, militärische Fähigkeiten in Europa gemeinsam zu planen, zu beschaffen und bereitzustellen. Der Gedanke einer „europäischen Armee“ hat zum Ziel, gemeinsam verteidigungsfähig zu sein.

Europa muss sich als Wirtschaftsgemeinschaft behaupten. Die globalen Megatrends erfordern europäische Antworten. Innovations- und Wirtschaftsstärke ist heute ebenso entscheidend wie politische und militärische Handlungsfähigkeit. Europa muss zu einer Innovationsunion werden und mehr in die Zukunft investieren. Es braucht technologische Leitprojekte, die Europas Rolle in der Welt stärken. Europa muss globale Leitregion sein für wirtschaftlichen Fortschritt und nachhaltige Entwicklung.

Europa benötigt Kraft und Akzeptanz für seine Kernaufgaben. Wir brauchen ein stärkeres Europa im Großen und ein freiheitlicheres Europa im Kleinen. Die CSU will ein Europa, das sich auf die großen Fragen unserer Zeit konzentriert. Europa soll dort stärker zusammenstehen, wo es unerlässlich ist. Dazu gehört insbesondere der Schutz vor Terror und äußeren Bedrohungen. Ein Europa der Vielfalt und Flexibilität bietet Raum für neue Handlungsfähigkeit, ohne einzelnen Ländern Entscheidungen aufzuzwingen.

Bei der Ausgestaltung der Lebensverhältnisse braucht es mehr regionale und nationale Spielräume. Wir treten für die nachdrückliche Stärkung der nationalen Parlamente bei europäischen Entscheidungen ein. Das verstärkt die Bürgernähe und die Diskussion von europäischen Belangen auf nationaler Ebene.

Europa braucht einen Neustart. Es ist an der Zeit, Demokratie, Föderalismus und Subsidiarität in Europa neu zu beleben. Wir brauchen eine Qualitätsoffensive für die Europäische Union. Europa muss effektiver werden: Wir wollen eine Überprüfung der Kompetenzverteilung zwischen Europa, den Nationalstaaten und den Regionen. Das stärkt die Handlungsfähigkeit aller. Kompetenzen sollen in Ausnahmesituationen vorübergehend und einfach zurückgeholt werden können. Das gilt besonders im Bereich der Sicherheit und Ordnung. Europa muss demokratischer werden: Wir wollen in Europa mehr parlamentarische Gestaltung und weniger bürokratische Verwaltung. Wir unterstützen das Initiativrecht für das Europäische Parlament: Nicht die Verwaltung, sondern die Politik muss Entscheidungen treffen und die Verantwortung tragen. Europa muss verlässlicher werden: Wir bestehen auf der strikten Einhaltung der Verträge, insbesondere des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Europa hat nur als Stabilitätsunion Zukunft, nicht als Schuldenunion. Europa muss erlebbarer werden: Wir wollen ein Europa der Bürger, nicht der Bürokraten. Europa verbindet Menschen – durch verstärkten Jugend- und Bildungsaustausch, durch zahlreiche Städtepartnerschaften oder auch durch gemeinsame Kulturereignisse.

Europa ist ein Ort des Miteinanders, nicht der Hegemonie. Europa ist stark, wenn es auf die kleinen Länder genauso achtet wie auf die großen. Das trägt in besonderer Weise zum europäischen Miteinander bei. Auch Deutschland muss allen Staaten Europas auf Augenhöhe begegnen. Unsere geographische Lage und unsere Geschichte sind für uns Chance und Verpflichtung zugleich. Gleichberechtigt wollen wir mit unseren Partnern zusammenarbeiten und die Aussöhnung Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn auf dem Fundament des Völkerrechts und der Menschenrechte vollenden.

- **Handlungsfähigkeit durch Partnerschaften: Verlässliche Sicherheit!**

Echte Handlungsfähigkeit gibt es nur in verlässlichen Partnerschaften. Wir bauen auf starke Partner. Neuen Bedrohungen begegnen wir gemeinsam: mit Einsatz für Stabilität, universellen Werten und globaler Verantwortung.

Die Vereinten Nationen müssen gestärkt werden. Sie sind die universelle Einrichtung zur Friedenssicherung und zum Schutz der Menschenrechte. Die Welt braucht eine handlungsfähigere UNO. Sie muss die Aufgaben von Konfliktprävention und Stabilität besser und effektiver erfüllen.

Die NATO ist und bleibt unverzichtbar. Unsere Verankerung im westlichen Bündnis hat uns über Jahrzehnte Sicherheit und Freiheit garantiert. Die NATO ist auch künftig die international wichtigste Organisation für Verteidigung und Sicherheit. Sie bleibt notwendiger Bestandteil der europäischen und transatlantischen Sicherheitsarchitektur. Für Deutschland kann es keine globale Sicherheitspartnerschaft ohne NATO geben. Die NATO muss sich noch mehr in die globale Sicherheitsarchitektur einbringen. Es gilt, die Zusammenarbeit mit anderen Staaten und der Europäischen Union weiterzuentwickeln. Die NATO darf sich nicht als Zweckgemeinschaft verstehen. Vielmehr muss sie ihr Gründungsverständnis als wehrhafte militärische Wertegemeinschaft schärfen. Wir erwarten von allen NATO-Partnern, dass sie Freiheit und Demokratie achten und dafür eintreten. Die NATO ist der starke und entschlossene Schutzschild der freiheitlich-demokratischen Welt.

Neue Bedrohungslagen brauchen neue Strategien. Die Verteidigungs- und Handlungsfähigkeit der NATO hat nur Bestand, wenn sie auf neue Bedrohungslagen angemessen rea-

gieren kann. Die NATO-Mitgliedsstaaten müssen sich in Rüstung, Forschung und Technologie den aktuellen Herausforderungen anpassen. Lasten sollen untereinander gerechter aufgeteilt und Mittel durch stärkere Kooperationen effizienter eingesetzt werden.

Vielfältige Herausforderungen benötigen vielfältige Beziehungen. Heutigen Herausforderungen kann nicht allein, sondern nur in Partnerschaft mit vielen begegnet werden. Wichtige Probleme lassen sich nachhaltig nur mit und nicht gegen global bedeutende Länder wie Russland, China oder Indien lösen. Wir treten für eine dauerhafte Partnerschaft und eine stärkere Einbindung dieser Länder in internationale Strukturen ein. Dort, wo dies nicht möglich ist, sollte zumindest der Gesprächsfaden nicht abreißen. Unsere Grundwerte werden wir dabei nicht relativieren, sondern mit Festigkeit vertreten. Im Verhältnis zu Russland kommt Deutschland eine besondere Rolle als Brückenbauer zu.

- **Handlungsfähigkeit durch Stabilisierung: Prävention statt Krisen!**

Der beste Schutz vor Krisen ist Prävention. Wir schaffen Handlungsfähigkeit durch eine vorbeugende Sicherheits- und Entwicklungspolitik: Stabilität in der Welt gelingt durch Bündelung aller Kräfte und effiziente Zusammenarbeit. Die Krisenbekämpfung muss viel früher ansetzen als bisher.

Destabilisierung durch Terrorismus muss verhindert werden. Terrorismus kann ganze Regionen destabilisieren und dauerhaft verwüsten. Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist eine zentrale Aufgabe unserer Zeit. Der radikale Islamismus ist der dominanteste Nährboden für Terrorismus. Terroristische Angriffe richten sich gegen unsere Freiheitswerte, gegen unsere Kultur und gegen unsere Lebensart. Wir sind entschlossen, den Kampf gegen jede Form von Terrorismus aufzunehmen. Wir werden alle rechtsstaatlichen Mittel einsetzen, um unsere Bevölkerung und unsere Werte zu verteidigen. Dafür streben wir internationale Koalitionen an.

Stabilisierung beginnt mit dem Erhalt von Staatlichkeit. Wir müssen viel früher und intensiver mit der Krisenprävention beginnen. Der Zerfall rechtsstaatlicher Ordnung und demokratischer Strukturen muss frühzeitig erkannt und verhindert werden. Unterschiedlichen Krisen und Konflikten kann nur mit einem breiten Instrumentarium ziviler, diplomatischer, wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer, polizeilicher und militärischer Mittel begegnet werden. Wenn diplomatische Lösungen nicht zum Erfolg führen, ist die militärische Beteiligung an internationalen Friedensmissionen erforderlich. Wo nötig, müssen militärische Mittel bei zivilen Maßnahmen zum Aufbau und zur Stabilisierung von Regionen Sicherheit gewährleisten. Der vorbeugende Einsatz militärischer Gewalt darf nur letztes Mittel sein, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind. Zur Stabilisierung von Regionen identifizieren wir Partnerländer, die als Stabilitätsanker dienen können. Die CSU unterstützt nachhaltige Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen. Wir befürworten eine Stärkung der Arbeit internationaler Organisationen in diesem Bereich.

Dauerhafte Stabilität setzt bei der Bekämpfung der Fluchtursachen an. Das erste Mittel gegen neue Migrationswellen ist die Möglichkeit, in der Heimat ein auskömmliches und friedliches Leben führen zu können. Die Entwicklungszusammenarbeit ist zentral für die Stabilisierung der weltweiten Ordnung. Es gilt, Not zu lindern und rechtsstaatliche Strukturen zu stützen. Eigenanstrengungen sind zu fördern und zu fordern. Wir wollen Unternehmen dafür gewinnen, sich für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren. Unsere Erfolgsfaktoren sind Wissen, moderne Technologie und die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Mit ihrem Export können wir eine global nachhaltige Entwicklung fördern, Armut bekämpfen und Stabilität schaffen.

Steuerung der Migration hilft den Heimatländern. Es ist nicht fair, seinen Bedarf an Fachkräften zu Lasten ärmerer Länder zu decken. Viele der Menschen, die zu uns wol-

len, werden in ihrer Heimat dringend gebraucht: Fachkräfte, junge Menschen, Menschen mit Bildung und Berufserfahrung. Ihr dauerhafter Wegzug schwächt die Heimatländer und verfestigt Perspektivlosigkeit und Instabilität. Deshalb fördern wir Chancen und Perspektiven in den Heimatländern.

Die zunehmende Christenverfolgung ist ein Alarmsignal. Christen sind die weltweit am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft. In vielen Ländern ist Christenfeindlichkeit an der Tagesordnung. Durch das weltweite Erstarken des Islamismus nimmt die Christenfeindlichkeit weiter zu. Ein christenfeindlicher Islam kann sich nicht auf die Religionsfreiheit berufen. Die CSU wendet sich gegen eine Unkultur des Wegschauens. Das friedliche Zusammenleben der Religionen ist ein wichtiges Ziel deutscher Außenpolitik. Deutschland muss sich weltweit für ein Ende der Christenverfolgung einsetzen. Es kann kein Morden oder Töten im Namen einer Religion geben.

- **Handlungsfähigkeit durch Begrenzung: Gemeinsame Antwort auf Migration!**

Globale Herausforderungen für Frieden und Sicherheit verlangen nach einer gemeinsamen Lösung. Immer mehr Menschen verlassen ihre Heimatländer, um anderswo eine bessere Zukunft zu suchen. Dauerhafte Völkerwanderungen sind eine Gefahr für jede staatliche Ordnung. Wir setzen auf Steuerung und Begrenzung. Nur wer in der Lage ist, Migration zu kontrollieren, ist in Zukunft handlungsfähig.

Völkerrecht muss Grenzen setzen. Das moderne Völkerrecht hat noch keine Antwort auf das Zeitalter der Migration. Kriegsflüchtlinge, Hungerflüchtlinge und Wirtschaftsflüchtlinge vermischen sich zu großen Migrationsbewegungen. Flüchtlingsströme erreichen heute alle Teile der Welt und können in kurzer Zeit Staaten überfordern. Darauf sind die bisherigen Regelungen im Völkerrecht nicht ausgerichtet. Wir brauchen eine Weiterentwicklung der Grundsätze des Völkerrechts. Das Ziel muss sein, Fluchtgründe zu bekämpfen und unabwendbare Fluchtbewegungen im lokalen Umfeld zu belassen. Das Völkerrecht muss Staatlichkeit schützen. Staaten müssen die Hoheit darüber behalten, wen sie aufnehmen und wie sie nach Fluchtursachen differenzieren.

Internationale Organisationen müssen Regeln durchsetzen. Frieden, Sicherheit und Stabilität basieren auf der Achtung von Menschen- und Minderheitenrechten. Die internationalen Organisationen müssen Sorge für deren Einhaltung tragen. Dafür muss das Völkerrecht an Schärfe gewinnen. Auch die Entwicklungszusammenarbeit soll sich konsequent daran orientieren, inwieweit sich die betreffenden Regierungen an Vereinbarungen halten. Die Entwicklungszusammenarbeit muss sich auf die Schaffung geeigneter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen konzentrieren.

Globale Migration braucht globale Steuerung durch die Staatengemeinschaft. Viele wollen nach Europa und nach Deutschland. Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung. Wir können aber nicht alle aufnehmen, die zu uns wollen. Sonst könnte unsere Hilfe nicht gelingen. Nur durch gemeinschaftliche Kontingente der Staatengemeinschaft können Flüchtlinge fair verteilt werden. Innerhalb Europas sollen sich alle Staaten auf Basis einheitlicher Asylgesetzgebung und gemäß ihrer Leistungsfähigkeit einbringen.

Grenzschutz und Grenzkontrolle sind unerlässlich. Wir müssen wissen, wer sich bei uns aufhält. Der Staat kann diesen Schutzauftrag weder ablehnen noch ablegen. Wenn er ihn delegiert, muss diese Institution den Grenzschutz gewährleisten. Europa muss seine Außengrenzen wirksam sichern, idealerweise gemeinsam mit den außereuropäischen Anrainern. Wir befürworten dazu den Aufbau eines wirksamen europäischen Grenzschutzes. Wenn Europa diese Aufgabe nicht erfüllt oder es die Sicherheitslage erfordert, muss Deutschland die Sicherung seiner Grenzen vorübergehend selbst übernehmen – bei Bedarf auch durch die Hilfe der Bundeswehr.

5. Gute Ordnung für ein gutes Leben

Wir stehen für eine gute Ordnung. Niemals ist Ordnung Selbstzweck oder verliert den Menschen aus dem Blick. Gute Ordnung für ein gutes Leben: Das ist seit mehr als sieben Jahrzehnten unser Auftrag für Bayern, Deutschland und Europa. Diesen Auftrag nimmt die CSU auch künftig selbstbewusst wahr. Für die Zukunft, für das Land, für die Menschen.

Die Ordnung dient den Menschen. Die Ordnung gibt Stabilität in einer unsichereren Welt. Sie stärkt das Vertrauen in die Verantwortungsgemeinschaft von Bürgern und Staat. Sie sichert unsere Werte: Die Ordnung gibt den Rahmen für Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Das eröffnet den Menschen Chancen und sichert ihre Lebensqualität. Diesen Grundkonsens gilt es zu bewahren und zukunfts-fest zu machen.

Die neue Ordnung ist eine gute Ordnung. Das freiheitliche Miteinander, die Soziale Marktwirtschaft, der starke Staat und partnerschaftliche Sicherheit haben uns stark gemacht. Neuer Zusammenhalt, neue Fairness, neues Vertrauen und neue Handlungsfähigkeit sorgen für neue Ordnung. Die neue Ordnung stellt sicher, dass unsere Gesellschaft freiheitlich bleibt, Zusammenhalt bewahrt wird, die Soziale Marktwirtschaft ihr Wohlstandsversprechen einlöst und global Stabilität geschaffen wird.

Die Bürger tragen die Ordnung. Unsere Ordnung lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht schaffen kann. Sie ist darauf angewiesen, dass die Werte gelebt werden, auf denen sie gründet. Die Bürger legitimieren und leben diese Ordnung. Die Ordnung ist ein moderner Gesellschaftsvertrag für ein gutes Leben.